

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, zu beziehen. — Der Abonnementpreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, zu beziehen.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 255.

Dienstag, den 31. Oktober 1911.

18. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die sicherste Vorbereitung für die Reichstagswahlen

Ist die Ausbreitung der sozialdemokratischen Parteipresse. Sie erzählt uns den Kern und den Stamm der sozialdemokratischen Kämpfer. Nichts Wichtigeres gibt es daher in den nächsten Wochen, als die Propaganda für den

„Lübecker Volksboten“.

Jeder Artikel, der von allgemeinem oder bestimmtem Interesse für einen Freund oder Bekannten ist, wird weitergegeben. Kein „Volksbote“ sollte in den Zeiten gesteigerter Agitation achtlos beiseite gelegt oder zerrissen werden.

Kein Brief geht jetzt hinaus

An Verwandte und Bekannte auf dem Lande, ohne daß darin auf den 12. Januar hingewiesen ist und einige Winke über die Wahl, sowie die Namen der sozialdemokratischen Kandidaten auf den Weg gegeben werden. Wichtige Zeitungsnotizen werden beigelegt. Aber nicht nur die Verbreitung einzelner Artikel und einzelner Nummern ist in diesen Wochen besonders zu beachten, sondern auch die Gewinnung neuer Leser.

Welches Blatt der Wähler vor der Wahl gelesen, das ist von großer Wichtigkeit!

Alle Blätter, so verschieden sie in ihrem Inhalt sein werden, werden doch darin einander gleichen, daß sie alle die kommenden Wahlen in den Vordergrund ihrer Erörterungen stellen und die Leser zur Wahl im Sinne dieser oder jener Partei zu beeinflussen suchen werden. Wer im kommenden Quartal seine politische „Aufklärung“ aus konservativen oder liberalen Zeitungen bezieht, auf dessen Stimme wird die Sozialdemokratie nur in den seltensten Fällen rechnen können. Denn tagaus tagein werden ihm die größten Unwahrheiten über die Partei zugeführt und die gelegentliche Widerlegung durch Flugblätter kommt dagegen nur schwer auf. Die sogenannte parteilose Presse ist in Wahrheit zumeist streng antisozialdemokratisch, steht unter dem Einfluß von Kapitalisten und Behörden und ist wie dazu geschaffen, den besten Resonanzboden für eine antisozialdemokratische Sammelpolitik abzugeben. Wo sie aber wirklich parteilos ist, mag aus der Schar ihrer Leser ein Häuflein schwankend gesinnter Mitläufer zu den sozialdemokratischen Wählermassen stoßen. Zu überzeugten Kämpfern für die große Volkssache ist aber noch kein Zeitungsläser durch den Genuß solcher Geistesprodukte erzogen worden.

Der sozialdemokratische Zeitungsläser dagegen ist nicht bloß sicherer sozialdemokratischer Wähler, er ist auch Kämpfer für die Sozialdemokratie, er ist, und er muß es in diesem Augenblicke vor allem sein, ein eifriger nimmermüder Werber für sein Blatt! Und jeder Leser, den er dem sozialdemokratischen Blatte gewinnt, ist der Sozialdemokratie nicht nur als Wähler gewonnen, sondern seine Lektüre wirkt über seine Person hinaus auf den Kreis, in dem er verkehrt. Man kann ungefähr annehmen, daß gegenwärtig auf jeden Abonnenten der sozialdemokratischen Presse drei Wähler kommen, die bereit sind, mit ihrem Stimmzettel für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Wer einen neuen Leser für das sozialdemokratische Blatt gewinnt, hat also damit auch schon für den Januar der Sozialdemokratie einige Wähler gewonnen!

Das sind Dinge, die ganz selbstverständlich sind, aber sie müssen ausgesprochen werden, damit jeder, der sie weiß und begreift, sich und seiner Pflicht und der ungerühmten Wichtigkeit des Augenblicks bewußt wird. Was in den nächsten Tagen veräußert wird, ist nicht wieder einzuholen. Deshalb, Genossen,

werbt für den

„Lübecker Volksboten“.

Die Reichstagswahl.

Die funterliche Wahlparole.

Das Sunkergeschrei ist nicht damit zufrieden, daß Herr von Bethmann-Hollweg sich rückhaltlos zur Politik des agrarischen Lebensmittelmachers bekannt hat. Dies programmatische Regierungsbekennnis zur blauschwarzen

Volksausplünderung erscheint ihm noch nicht als ausreichende Wahlparole. Es verlangt mehr: Nicht nur die dauernde Ausplünderung der Volksmassen, sondern auch die rücksichtslose Niederbützelung des proletarischen Widerstandes gegen das gottgewollte agrarische Schreckenregiment. Das Dertel-Blatt fordert an leitender Stelle:

„Bei dem bevorstehenden Wahlkampfe werden aber die wirtschaftlichen Fragen nicht allein im Mittelpunkt stehen, sondern neben anderen besonders auch die Frage, wie die Sozialdemokratie, die sich immer kecker geberdet, niederzuhalten und niederzuzwingen sei. Viele Lebensfrage des Deutschen Reiches hat der Kanzler in seiner Rede nicht berührt, vielleicht deshalb, weil sie anscheinend mit dem damaligen Verhandlungsgegenstande nicht unmittelbar zusammenhängt. Tatsächlich besteht ein solcher Zusammenhang. Denn die Sozialdemokratie ist, abgesehen von einigen Einspännern und Eigenbröttern, die schärfste Gegnerin der Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches, und zwar deshalb, weil sie genau weiß, daß ein Abgehen von dieser Politik, ein Abbröckeln oder Abbauen des Schutzollsystems, ihren eigenen Weizen zur Blüte gelangen lassen würde. Die Aufrechterhaltung unserer Wirtschaftspolitik bildet deshalb einen Teil des notwendigen Kampfes gegen den Umsturz, gegen die sozialdemokratische Überflutung. . . . Zu versöhnen ist die Sozialdemokratie nicht, sie muß mit allen gesetzlichen Mitteln bekämpft werden; und reichen diese nicht aus, dann müssen andere geschaffen werden. Diese kann und wird nicht die einzige Wahlparole sein, sie wird aber im Mittelpunkt des Wahlkampfes mit stehen müssen. Und es darf erwartet werden, daß die Verbündeten der Regierung vor dem Wahlkampfe offen und unzweideutig Farbe bekennen.“

Wir sind nicht oft mit der „Deutschen Tageszeitung“ einverstanden. Aber eine solche Wahlparole des blauschwarzen Blocks könnte auch uns gefallen! Sollte die Regierung sich auch diesem Sunkergeböt unterwerfen, so würden wir sicher nichts tun, um Unklarheit über ihre Absichten zu verbreiten. Aber auch wenn der Kanzler seinem Ruße als Philosophen diesmal durch klügeres Schweigen dienen zu müssen glaubte, so sind wir doch dem Sunkergeschrei dankbar für die lebenswürdigen Ablichten, die es der Sozialdemokratie gegenüber hegt, und die es mit Hilfe der Regierung verwirklichen zu können hofft!

Ob freilich das Zentrum von einer solchen Wahlparole besonders entzückt wäre? Freilich hat es in der letzten Zeit einen solchen Haß gegen die Organisationen des klassenbewußten Proletariats bewiesen, hat es während der letzten Kriegsbegeißelung außerordentlich an giftigsten Denunziationen geleistet, daß ihm von den Sunkern die Bereitwilligkeit zu jedem reaktionären Gewalt- und Schurkenstreich ohne weiteres zugestanden werden darf!

Ein köstliches Eingekändnis.

Die ostpreussischen und speziell die Königsberger Freisinnigen wollen die Einfuhrzölle und die Nahrungsmittelzölle aufrechterhalten. Der Reichstagsabgeordnete Gysling hat in der Königsberger Stadtverordnetenversammlung gegen den Antrag auf Änderung des Systems der Einfuhrzölle gestimmt, im Reichstag aber einen dahingehenden Antrag seiner Fraktionskollegen unterzeichnet! Selbstverständlich hat diese überaus widerspruchsvolle Politik in Ostpreußen Aufsehen erregt, und das offizielle Blatt der ostpreussischen Fortschrittspartei, die „Hartungische Zeitung“, gibt nun folgende überaus bezeichnende Erklärung ab:

„Ein von der Sozialdemokratie mit Vorliebe angewandtes Agitationsmittel ist die Verdächtigung des Liberalismus, daß er es mit seinen Grundzügen nicht aufrichtig meine. Sie zert — genau wie die Konservativen — zum Beweise dafür wirtschaftliche Fragen in den Vordergrund. Demgegenüber muß man denn laut und deutlich sagen: Was haben die Gestaltung des Einfuhrzöllensystems, die Höhe der Getreide-Zölle, die Zoll- und Wehrfragen mit liberalen Grundzügen zu tun? Das sind doch lediglich Zweckmäßigkeitsfragen, die nach den jeweiligen Bedürfnissen verschieden beantwortet und gelöst werden können. Welchen Sinn hat es, den Liberalen in Ostpreußen, die Wirtschaftsfragen des platten Landes mit ganz anderen Augen anzusehen als die Liberalen des Südens und Westens, die Stellungnahme der rheinischen oder badenser Liberalen fortwährend unter die Nase zu halten und ihnen daraus einen Bruch ihrer Überzeugung zu konstruieren? Welchen Sinn hat es, der Königsberger Stadtvertretung von ihren Beschlüssen abweichende Resolutions-

anderer Stadtvertretungen in Sachen der Einfuhrzölle mit höhnischer Entrüstung vorzuhalten? Lediglich agitatorischer Sinn, sonst keinen! Wenn die Sozialdemokratie noch immer nicht von der naiven Anschauung kuriert worden ist, daß ein Volk von 65 Millionen, das in sich stehende wirtschaftliche Gegenätze vereinigt, nach einem Parteiprogramm nicht regiert werden kann, so gibt sie damit abermals einen Beweis ihrer Unbelehrbarkeit und politischer Unruhe.“

Also wirtschaftspolitische Grundzüge sind überflüssig. Lediglich die „Zweckmäßigkeit“ entscheidet. Das heißt, das wirtschaftliche Programm steckt der Freisinn auf dem Lande in die Tasche, um es wieder hervorzuziehen, wenn er in den Großstädten die Stimmen der Konsumenten zu kapern sucht. Eine nette Sorte Politiker, mit der am 12. Januar ebenfalls aufgeräumt werden muß.

Zentrum und Regierungswahlmache.

Das Berliner Organ des Zentrums, die „Germania“, findet es ganz in der Ordnung, daß die Regierung durch die Anweisung an die Landwirte in den Wahlkampf eintritt. Sie erklärt, wenn die Regierung eine solche Verfügung an die Landräte erlassen habe, so würde sie damit nichts getan haben, was angreifbar wäre. Es sei eine vollständige Verdrehung des Inhalts dieser Anweisung, wenn die „Frankfurter Zeitung“ und andere Blätter behaupten, die Anweisung laufe auf eine „Mobilmachung der Landräte zugunsten der agrarisch-reaktionären Parteien“ hinaus. Davon sei kein Wort und auch nicht einmal eine Andeutung in der Regierungsanweisung enthalten.

Das Zentrumsbild ist natürlich nicht so naiv, zu glauben, daß man so etwas klipp und klar in eine derartige Anweisung hineinschreibt. Die Landräte wissen auch ohne dies, zu wessen Gunsten sie bei den Wahlen zu arbeiten haben, wenn sie Anweisung erhalten, die Regierung über „schwerwiegende Angriffe“ gegen die Regierung „zu orientieren“, damit darauf „sachliche Erwiderungen“ gegeben werden können. Aber die „Germania“ findet, daß die Regierung dazu nicht nur berechtigt, sondern geradezu verpflichtet ist, und sie fragt entrüstet: „Soll denn die Regierung den Liberalen zuliebe beide Augen zudrücken, wenn in liberalen und sozialdemokratischen Blättern die schwersten Angriffe gegen sie selbst erhoben werden?“

So stellt man sich heute im Zentrum, wo es selbst auf Seiten der Regierung steht, zu der amtlichen Wahlmache. Wie war es doch im Jahre 1907? Da hatte bekanntlich der damalige Reichskanzler Bülow seinen Silvesterbrief geschrieben, an den die „Germania“ selbst erinnert und heute von Privatens aufgebrauchte 30 000 Mark dem Flottenverein zur Verbreitung von Flugchriften zur Verfügung gestellt. Dagegen entrüstete sich dann in einer der ersten Sitzungen des Reichstages der Zentrumsbund abgeordnete Spahn gar sehr und mit vollem Recht. Er erklärte:

„Meine Herren, jetzt handelt es sich um 30 000 Mk., die verwendet werden sollen zu Eingriffen in die Wahlagitiation! Der Reichstag hat in kontinuierlicher Haltung der Ansicht Ausdruck gegeben, daß das Eingreifen amtlicher Stellen in die Wahlagitiation unzulässig sei. . . . Der Herr Reichskanzler ist in die Öffentlichkeit getreten durch Briefe und Reden. Das ist neu in unsern Wahlkämpfen, und man muß zurückgehen in die napoleonischen Zeiten (Lachen rechts; sehr wahr in der Mitte), um eine gleiche Beeinflussung des direkten geheimen allgemeinen Wahlrechts zu finden. . . .“

So war es, als die Regierungswahlmache sich mit gegen das Zentrum richtete. Heute, wo das Zentrum als Mittäter beim schwarz-blauen Block darauf rechnet, daß die landrätliche Wahlmache ihm selbst zugute kommt, hat es nichts dagegen einzuwenden, ja es macht der Regierung das Eingreifen zur Pflicht. Weiter kann man die politische Charakterlosigkeit nicht treiben.

Der Reichskanzler als Reichsverbandsagitator.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie zeigt sein neuestes Flugblatt, wie folgt an: „Die Verhandlungen, die den Reichstag bald nach seinem Zusammentritt wegen der durch die lange Trockenperiode hervorgerufenen Teuerung beschäftigt, veranlassen den Reichskanzler sich am 23. Oktober 1911 über die gegenwärtige Wirtschaftspolitik des längeren zu verbreiten. Da in den Ausführungen des Leiters der Reichspolitik auch mit den sozialdemokratischen Unwahrheiten über unsere wirtschaftliche Lage abgerechnet wurde, verbreitet der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“ die Rede des Reichskanzlers in einem neuen Flugblatt (Nr. 143), das betitelt ist: „Der Reichskanzler und die deutsche Wirtschaftspolitik.“

Der deutsche Reichskanzler hat es weit gebracht.

Zu den Reichstagswahlen.

Im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück werden nach einer Meldung der „Berliner Neuesten Nachrichten“ das Zentrum, die nationalliberale und die konservative Partei dieses Mal voraussichtlich vereint vorgehen und als Kandidaten den ehemaligen Minister Grafen Posadowsky aufstellen. Er soll zur Übernahme der Kandidatur sich bereit erklärt haben.

Antliche Wahlmacht.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt an der Spitze ihrer Ausgabe vom Montag einen längeren Artikel, der sich mit der Enthüllung der „Frankfurter Ztg.“ befaßt, wonach an die Landräte eine Anweisung ergangen sei, in der diese aufgefordert wurden, sich Flugblätter der gegnerischen Parteien zu verschaffen, damit auf diese eine Erwiderung oder Aufklärung erfolgen könne. Das Organ des Kanzlers schreibt nun:

„Nach den Darstellungen eines Teiles der Presse soll dieser Erlaß nichts weniger bedeuten, als eine „Anweisung zur Wahlbeeinflussung, eine Mobilmachung der Behörden, insbesondere der Landräte, zugunsten der agrarischen, reaktionären Parteien, des schwarzbloßen Blocks, des ostelbischen Junkertums“. Das „Berliner Tageblatt“ und mit ihm eine Reihe anderer Zeitungen fügt noch hinzu, daß in dem Erlaß auch die Angabe der Kosten der betreffenden Erwiderungen verlangt und den Landräten der Rat gegeben würde, sich die Flugblätter der Parteien auf vertraulichem Wege zu beschaffen. Damit sei einer bedenklichen Korruption Tür und Tor geöffnet.“

Demgegenüber stellen wir fest, daß der Minister des Innern lediglich die Regierungspräsidenten, und zwar bereits am 12. September d. J. ersucht hat, ihm über „die in der Provinz gegen die Politik der Staatsregierung gerichteten, auf wirkliches oder angebliches Tatsachenmaterial oder Zahlenmaterial gestützten Angriffe schwerwiegender Natur, welche die kommenden Reichstagswahlen zu beeinflussen vermögen“, Bericht zu erstatten, um so eventuell Gelegenheit zu haben, „in sachlicher Form“ gehaltene Erwiderungen zu veranlassen.

Von einem Ersuchen um „Angabe der betreffenden Erwiderungen sowie von einem Rat an die Landräte, sich die Flugblätter der Parteien auf vertraulichem Wege zu beschaffen“, enthält der Erlaß kein Wort.

Wie man der Regierung wegen dieses Erlasses ein unzulässiges Eingreifen in die Reichstagswahlen zugunsten bestimmter Parteien vorwerfen kann, ist unverständlich. Es ist nicht nur ein gutes Recht der Regierung, die auf unrichtiges Tatsachen- oder Zahlenmaterial gestützten Angriffe gegen ihre Politik sachlich zurückzuweisen, sondern, sobald solche Angriffe nach Art und Inhalt dies erforderlich machen, ihre Pflicht.“

Damit wird eigentlich das bekräftigt, was die „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt hatte. Denn die Regierungspräsidenten werden die Weisung, die sie erhalten haben, selbstverständlich an die Landräte weitergeben, sie müssen das sogar, weil sie selber gar nicht in der Lage sind, alle Äußerungen zu überwachen, die in Zeitungsartikeln und Flugchriften über die Politik der Regierung gemacht werden. Im Effekt läuft das natürlich auf eins hinaus, sodaß zu einer Berichtigung in der Tat gar kein Anlaß vorliegt hätte. Daß diese Erwiderungen mit Kosten verknüpft sind, dürfte auch die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg wissen; patriotische Zeitungsverleger verstehen es bekanntlich ganz gut, insbesondere bei Wahlzeiten aus Verlegenheiten der Regierung oder der bürgerlichen Parteien möglichst große Profite zu erzielen, und es muß unter allen Umständen daran festgehalten werden, daß Herr v. Bethmann-Hollweg Auskunft darüber gibt, aus welchem Fonds er die Mittel nimmt, um die Kosten dieser amtlichen Wahlbeeinflussung — denn um nichts anderes dreht es sich — zu bestreiten. Weder der Reichsetat noch der preussische Etat hat Mittel dafür zur Verfügung gestellt und es wäre besser gewesen, ehe man eine so geschraubte Darstellung der Öffentlichkeit übergab, zunächst einmal über die Geldfrage Ausschluß zu geben; denn die Steuern fließen bekanntlich nicht nur aus den Taschen der Anhänger des schwarzbloßen Blocks, zu dessen Gunsten der amtliche Apparat in Bewegung gesetzt werden soll.

Konservativ-liberales Stichwahlbündnis.

Nach einer Mitteilung der „Magdeburgerischen Ztg.“ haben die vereinigten Liberalen in Erfurt mit den dortigen Konservativen ein Stichwahlkompromiß gegen die Sozialdemokraten abgeschlossen. Im Wahlkreis Erfurt kandidiert der nationalliberale Reichsverbändler Hagemann. Sein konservativer Gegenkandidat ist der Berliner antisemitische Rechtsanwalt Ulrich. Das „Berl. Tageblatt“ ist über dieses Vorgehen außerordentlich empört und bemerkt: „Für die Fortschrittler bedeutet es schon eine Riesenerleichterung, im Interesse des liberalen Abkommens für die Provinz Sachsen, diesen Reichsverbändler zu unterstützen, und wir vermögen nicht zu glauben, daß die Führer der Fortschrittler obenrein noch einem Stichwahlbündnis mit den Konservativen zugestimmt haben.“ — Inzuzutragen ist den Erfurter Liberalen das schon!

Politische Rundschau

Deutschland.

Gegen die Teuerung.

Infolge der Preissteigerung nimmt der Konsum von Seefischen im Binnenlande von Tag zu Tag zu. Die Heeresverwaltung hat jetzt angeordnet, daß auch die Kantinen und Garnisonverwaltungen den Einkauf von Seefischen, besonders dort, wo Seefischmärkte und Verkaufsstellen bestehen, ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Leider sind mit dem Wachsen des Konsums aber auch die Preise für die Seefische gestiegen. Da die Fischtransporte vielfach unter ungünstigen Beförderungsverhältnissen litten, haben die beteiligten Reder und Fischhändler Verbesserungen für den Fischtransport nach dem Binnenlande angeregt. Daraufhin hat die Eisenbahnverwaltung zunächst für die Direktionsbezirke Altona und Hannover die Einrichtung besonderer Fischtransportwagen in Aussicht genommen, die als eine wesentliche Verbesserung für den Transport anzusehen sind.

Die Vereinfachungskommission des Kriegsministers.

Bürgerliche Blätter wußten dieser Lage zu berichten, daß demnächst eine Denkschrift über Vereinfachungen im Heeres- und Intendanturwesen erscheinen werde. Damit dürfte es unseres Erachtens allerdings gute Welle haben. Am 31. Januar 1911 erschien der Kriegsminister ganz unvermutet im Reichstag, um anlässlich der Verhandlung einer Petition eine lange Rede über die Umwandlung des Intendanturwesens zu halten. Bei dieser Gelegenheit teilte er mit, daß eine Vereinfachungskommission am Werke sei und daß dem Reichstag eine Denkschrift vorgelegt werde. Bei der Beratung des Militäretats ist diese Erklärung noch einmal abgegeben worden. Jetzt, fast am Ende des Jahres 1911, kann Herr Schweinburg in seinen „Berliner Politischen Nachrichten“ verkünden, daß die Denkschriften dem Reichstage zugehen werden; wann dies der Fall sein wird, dürfte aber auch wohl jetzt noch nicht ganz genau angegeben werden können.

Damit ist man nun eigentlich so klug wie zuvor und man kann nur wünschen, daß die Reform nicht allzuhohe Mehrkosten erfordert. Die Sparsamkeit bei der Heeresverwaltung ist nämlich meist eine kostspielige Sache. Als vor einigen Jahren die Pferdegeber und die Ratione einer Reform unterzogen wurden, weil der Reichstag Ersparnisse erzielen wollte, stellte sich heraus, daß diese Betätigung der Sparsamkeit rund 300 000 Mk. Mehrausgaben verursachte!

Zur Marokkofrage.

Der „Berl. Lokal-Anz.“ teilt mit: Die Verhandlungen sind nunmehr so weit gediehen, daß die Unterzeichnung des Vertrages spätestens im Laufe des morgigen Tages (Dienstag) erfolgen wird.

Offiziös war angekündigt worden, daß der Wortlaut des Vertrages am Mittwoch veröffentlicht werden sollte, und man muß erwarten, daß dieses Versprechen auch eingelöst wird. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf, endlich einmal zu erfahren, was die Diplomaten zusammengebrannt haben, und eine offene Klarlegung der Dinge ist schon um deswillen notwendig, weil am Mittwoch nächster Woche die Marokko-Interpellation im Reichstage zur Verhandlung steht und es für die Verhandlungen nur förderlich sein kann, wenn der Wortlaut des Vertrages einige Tage vorher bekanntgegeben wird.

Die Stichwahl im Reichstagswahlkreis Ratibor findet am 8. November statt.

Gegen die Animmierkneipen.

Zahlreiche Petitionen von Frauenverbänden verlangen vom Reichstag das Verbot oder die Einschränkung der weiblichen Bedienung in Gastwirtschaften. Die Petitionskommission des Reichstages überwies diejenigen Petitionen, die eine Bekämpfung des Animmierkneipenwesens forderten, dem Reichskanzler als Material, ging über diejenigen aber, welche eine generelle Abschaffung der weiblichen Bedienung für ganz Deutschland verlangten, zur Tagesordnung über, da in Süddeutschland die Verhältnisse im Kellnerinnenberuf ganz andere sind, als in Norddeutschland.

Aus dem bayrischen Landtage.

Auch am Sonnabend kamen die Eisenbahnerdebatten noch nicht zum Schluß, die sich zu einem prinzipiellen Kampf um die staatsbürgerliche Gleichheit aller Bürger, auch der Beamten gestalteten.

Das Zentrum fühlt, daß es sich allzu brutal entblößt. Darum trat es am Sonnabend den Rückzug an. Zunächst nahm deshalb der Zentrumsabgeordnete Held die „Ministerresel“ zurück und wollte sie anders gemeint haben; der Ministerpräsident erklärte danach den Zwischenfall für erledigt. Sodann schickte das Zentrum, um den üblen Eindruck der ersten Zentrumsredner zu verwischen, einen Vertreter der Richtung vor, die beinahe in dieser Partei ausgegoren ist: einen Zentrumsdiplomaten, den Freiherrn v. Maljen. In nett geschliffenen Wendungen warf er der Regierung ihre Schwäche und Halbheit vor und mahnte sie zu kräftiger Exekution. Maljen, der selbst seit langem Ministeraspirant ist, gab der Regierung einen Unterrichtskursus, wie sie Politik treiben müsse. Aber auch er verzichtet jetzt darauf, sie zu weiteren Schritten zu drängen, es wehte die resignierte Stimmung durch die freiherrliche Rede: Die Regierung verbietet doch nicht den Eisenbahnerverband!

Nach dieser Probe einer zwar feudalen, aber immerhin gestifteten klerikalen Anschauung, wirkten die beiden „christlichen Arbeiterführer“, die dann vom Zentrum reden gelassen wurden, um so jämmerlicher. Der eine, Redakteur des christlichen Eisenbahnerorgans, wagte überhaupt keine Silbe über den Erlaß, sondern sprach lediglich die Meinung aus, die vom christlichen Verband verlorenen Mitglieder seien nicht zu dem süddeutschen Eisenbahnerverband übergegangen; auch versuchte er die christlichen Streikdrohungen abzuschwächen. Der zweite christliche Arbeiterführer forderte zwar die Regierung, in die er den französischen Renegaten Briand hineinwünschte, im Sinne Bichlers auf, schneidig vorzugehen gegen das Koalitions- und Verfassungsrecht der Arbeiter und Beamten; derselbe Mann (Oswald) hat früher selbst im Landtag das Streikrecht der Eisenbahner verteidigt! Jetzt sind sie mit Leib und Seele zahm geworden.

Der bayrische Vertreter des Bundes der Landwirte Beck beauftragte die Regierung, unverzüglich den Umsturz zu befechtigen, namentlich mit Rücksicht auf die kriegsschwangere Zeit und auf Marokko.

Genosse Kopp, der Redakteur des Verbandsorgans der süddeutschen Eisenbahner, stellte die vielen falschen Behauptungen der Zentrumsredner richtig; er gab ergötzliche Proben christlicher Hege gegen die Staatsautorität. Auf Bemerkungen, daß Solliwar das sozialdemokratische Programm verschleierte habe, weist Kopp darauf hin, daß ein auf dem radikalen Flügel der Sozialdemokratie stehender Genosse, der Abg. Ströbel im preussischen Landtag genau die gleichen Aufstellungen vertreten habe. Eindringlich fragt Kopp die Regierung, wie sie sich zu der verlangten Gefinnungsgleichheit stelle, die sie bei Schaffung des Beamtengesetzes

entwürft abgelehnt habe. Noch im Jahre 1910 hat der Ministerpräsident im Landtag die Verdienste der Sozialdemokratie anerkannt. Was ist seitdem geschehen? Will die Regierung den Krieg, wir sind auf dem Posten.

Die Minister haben bisher nicht wieder auf die Anfragen von links und rechts geantwortet.

Vor der Fortsetzung der Debatte am Montag nachmittag wird zunächst der von der Kommission beschlossene Antrag auf Steuernachlässe für die durch die Futternot bedrängten Landwirte beraten.

Dem Landtage ist ein Zentrumsantrag zugegangen, wonach Aufforderungen nur mit Genehmigung der Regierung vorgenommen, und die Genehmigung versagt werden soll, wenn landwirtschaftlicher Kulturboden dadurch beseitigt oder geschädigt wird. Der Antrag, der sich gegen das Bauernlegen richtet, ist insofern „umstürzlerisch“ als er einen schweren Eingriff in das Privateigentum darstellt. Er ist offenbar nur zu Mitteln des Wählerfanges gestellt.

Schweiz.

Die Nationalratswahlen. Bei den am Sonntag stattgefundenen Nationalratswahlen erhielten die Sozialdemokraten in Basel die höchste Stimmenzahl (1500 Stimmen), aber kein Mandat. In Zürich sind fünf Genossen gewählt: Greulich, Pflüger, Seidel, Grimm und Segg. In Appenzell erhielt der Weberparren Eichster die Mehrheit, in Solothurn Genosse Dr. Appolder, in St. Gallen Landammann Scherer. Mit diesen 8 im ersten Wahlgang errungenen Mandaten hoffen es unsere Genossen in der Nachwahl auf 15 Mandate zu bringen. Eine weitere Meldung befragt: Die Wahlen zum Nationalrat fanden in der Schweiz ohne Zwischenfall statt. Der neue Rat dürfte dem alten gegenüber keine wesentlichen Veränderungen aufweisen. Gewählt wurden im ersten Wahlgange: 35 Katholisch-Konservative, 10 Sozialisten, 10 Mitglieder der liberal-protestantischen Zentrums, 7 Angehörige der sozialistischen Gruppe, 107 Mitglieder der radikalen Regierungspartei, im ganzen also 169 von 189 Abgeordneten. 20 Stichwahlen müssen stattfinden, namentlich in den Kantonen Basel, Bern, Neuenburg und Genf.

China.

Der erste Sieg der Revolution. Die Chancen der Revolution steigen. Nach einer Depesche des „New York Herald“ aus Peking, die von der „Times“ bestätigt wird, sieht sich der Hof plötzlich von den nördlichen Truppen bedroht, auf die er seine Hoffnung gesetzt hatte. Die dritte und die zwanzigste Division, die die zweite gemischte Brigade bilden, angeblich im ganzen 27 000 Mann, haben sich nicht nur geweiht, gegen die Rebellen zu marschieren, sondern sogar mit einem Angriff auf Peking selbst gedroht, falls ihre Forderungen nicht sofort bewilligt werden. In dem Schreiben, das von allen höheren Offizieren der 3. und 20. Division unterschrieben ist und von der Nationalversammlung unterstützt wird, werden folgende Forderungen der Aufständischen aufgestellt: „Sofortige Einberufung eines Volksparlaments. Das Parlament soll vor allem das Recht haben, eine Konstitution anzunehmen. Armee und Flotte dürfen nicht zur Unterdrückung innerer Unruhen verwendet werden, außer mit Zustimmung des Parlaments. Der Kaiser hat in Zukunft nicht unbeschränkte Gewalt über Leben und Tod seiner Untertanen. Politische Verbrecher sind zu begnadigen. Das Kabinett soll dem Parlament verantwortlich sein, und dieses den Premierminister zu wählen. Mitglieder des Kaiserhauses sollen keinen Sitz oder Stimme im Kabinett haben. Das Parlament muß seine Zustimmung zu allen Verträgen, Ausgaben und Steuern erteilen.“ — Diese Forderungen wurden dem Regenten vorgelesen überreicht und erregten am Hofe große Bestürzung. Die Mandschus sollen den Hof bestürmt haben, fremde Mächte zur Unterdrückung der Revolution und zur Erhaltung der Dynastie anzurufen. Vom Admiral Sah traf ein Telegramm ein, in dem mitgeteilt wurde, die Marine werde abfallen, wenn politische Reformen nicht gewährt würden. Man will daraus schließen, daß Sah im Einverständnis mit den Offizieren der 3. und 20. Division und der Nationalversammlung handelt.

Unter diesen Umständen hält die Regierung es doch für ratsam, nachzugeben. In einem kaiserlichen Erlaß, der gestern veröffentlicht worden ist, rechtfertigt der Thron die bisherige Unthätigkeit, kündigt den sofortigen Erlaß einer Verfassung und die Bildung eines Kabinetts an, von dem der Adel ausgeschlossen wird, und sichert den Aufstrebenden und politischen Schuldigen seine Verzeihung an. — Das ist also ein Nachgeben auf der ganzen Linie. Ob es der Regierung mit dieser Nachgiebigkeit gelingen wird, die einmal entfesselten Volksleidenschaften jetzt noch einzudämmen, steht dahin.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 31. Oktober.

An die Frauen Lübecks! Wo Hausfrauen jetzt zusammen kommen, gibt es nur einen Gesprächsstoff: die Teuerung! Erst wurde die Milch teurer und die Butter, dann kamen Gemüse und Obst an die Reihe und jetzt folgen Kartoffeln, Reis und Zucker, Erbsen und Bohnen. Mühte man bei den hohen Preisen schon die Fleischportionen immer mehr verkleinern, so konnte die tüchtige Frau doch Ersatz durch Speisen aus den eben aufgezählten Nahrungsmitteln schaffen und wenigstens den Hunger von Mann und Kindern stillen. Aber gerade diese Ersatzmittel sind eines nach dem andern im Preis in die Höhe gegangen. Der Krämer, der Grünwarenhändler suchen es durch die Dürre des Sommers zu erklären. Gewiß, sie hat etwas dazu beigetragen, aber im Grunde ist diese ganze Preistreiberi eine Folge, eine notwendige Folge unserer Regierungspolitik. Das ist Euch schon im Flugblatt, das Ihr Sonntag ins Haus bekommt, bewiesen. Ist es immer und immer wieder durch. Vor allem aber kommt Mittwoch, den 1. November, abends 8 1/2 Uhr, in den großen Saal des Gewerkschaftshauses. Dort wird Frau Käthe Leu ausführlich und klar die wirklichen Gründe der Teuerung auseinandersetzen und auch die Urheber, die von Eurem fargen Wirtschaftsgeld den letzten Pfennig rauben, kennzeichnen. Die Rednerin ist aus der Mitte der Lübecker Arbeiterfrauen hervorgegangen, sie hat ihre Erfahrungen hier in Lübeck gesammelt. Sie weiß, w

Guch der Schuh drückt; daher kann sie Euren eignen Sorgen Ausdruck geben. Diejenigen, die sich fragen: was nützt es uns, wenn wir die Klagen über unsere Not hören, die kennen wir leider selbst zu genau, die werden in der Versammlung erfahren, wie sie sich selbst und im Verein mit ihren Männern helfen können. Darum Ihr Lübecker Hausfrauen, ist es Eure Pflicht, gegen Euch selbst und Eure Familie, in die Versammlung zu kommen. Keine darf fehlen, jede muß ihre Freundin oder Nachbarin mitbringen.

Gewerbegerichtswahl. Neben den großen politischen Wahlen, die in den nächsten Wochen unser öffentliches Leben beherrschen werden, ruft in diesem Jahre auch noch die Neuwahl der Richter zum Gewerbegericht alle Interessenten an die Wahlurne. — In diesen Tagen — vom 27. Oktober bis zum 9. November — werden die Wählerlisten angelegt. In die Wählerliste wird nur der aufgenommen, der sich zur Aufnahme anmeldet. Wahlberechtigt ist bei der Wahl der Arbeitnehmer jeder Arbeiter, der das 25. Lebensjahr vollendet hat und mindestens ein Jahr im Lübeckischen Staat wohnt oder beschäftigt ist. Um in die Wählerliste aufgenommen zu werden, hat jeder Arbeiter eine Bescheinigung beizubringen, daß er seit mindestens einem Jahr in Lübeck wohnt oder beschäftigt ist. Vordrucke zu dieser Bescheinigung sind unter anderem im Arbeitersekretariate, ferner in der Ortskrankenkasse und im Polizeiamt in benötigter Anzahl zu entnehmen. Nachdem dieses Formular von dem Wähler ausgefüllt ist, hat er dasselbe seinem Arbeitgeber zur Beglaubigung vorzulegen. Falls er im letzten Jahr bei mehreren Arbeitgebern tätig war, wird die Ortskrankenkasse oder das Polizeiamt diese Beglaubigung vollziehen. Mit diesem unterstempelten Schein begibt sich der Wähler, wenn er in Lübeck wohnt, alsdann nach dem Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 18, zwei Treppen hoch und beantragt seine Aufnahme in die Wählerliste. Über diese Eintragung erhält der Wähler einen Ausweis, „Wahlberechtigungschein“ genannt. Das Bureau ist zu diesem Zwecke bis zum 9. November geöffnet an Werktagen von 10—2 Uhr und abends von 5—7 Uhr. Am Sonntag, dem 5. November, ist das Bureau von 11 bis 1 Uhr geöffnet, auch in der Ortskrankenkasse werden an diesem Tage während der Zeit von 11 bis 1 Uhr einige Beamte zum Stempeln dieser Formulare anwesend sein. Da das Gesetz es zuläßt, daß die Eintragung in die Wählerliste auch von Beauftragten beantragt werden kann, so wird es für Betriebe mit mehreren Arbeitern sich empfehlen, daß einer mit dieser Beforgung beauftragt wird. Die Sache wird sich dann so abwickeln, daß an einem Tage die gesamten Formulare von dem betreffenden Kollegen nach dem statistischen Bureau gebracht werden und am nächsten Tage holt er sich die Wahlberechtigungscheine wieder ab. Im Jahre 1907 hatten sich im ganzen 2860 Wähler eintragen lassen, das ist im Verhältnis zu den wahlberechtigten Arbeitern für Lübeck eine zu geringe Zahl, daher unterziehe sich jeder über 25 Jahre alte Genosse der kleinen Mühe und lasse sich eintragen in die Wählerliste.

Die Spaltung im Vaterstädtischen Verein ist gestern abend zur Laube geworden, nachdem die Aufstellung der erschlafften Kandidaten in den vier Quartiersversammlungen mit einer schweren Niederlage der Gruppe Fehling, Tippert, Dühring und Genossen geendet hatte. Nicht etwa, daß bei der Aufstellung der Kandidaten sich ein Zug nach links geltend gemacht hätte; im Gegenteil. Aber die bisherigen Schieber und Wahlmacher mußten gestern zu ihrem Leidwesen erkennen, daß ihre gelehrigen Schüler allmählich ihre Meister geworden sind. Am schlimmsten erging es Emanuel Fehling, von dem die „Lübeckischen Blätter“ — allerdings ohne Namensnennung — schrieben, daß er in der Wahl seiner Mittel niemals Bedenken trüge; er fiel nämlich gleich in zwei Quartieren gründlich durch. Im Jakobini-Quartier erhielt er 60, im Marien-Magdalenen-Quartier gar nur 49 gegenüber 113 und 95 Stimmen. Dabei muß man bedenken, daß es die politischen Glaubensgenossen waren, die ihren Führer aus der Bürgerchaft hinausbrachten. Mit Fehling wurden auch Blasau, Stender und Schorer, der ein Wenig jünger dem Lübeckischen Parlament angehört hat, ausgeschifft. In den Kreisen der Spießbürger herrscht über den Ausfall der gestrigen Kandidatenaufstellung für die erste Klasse große Erregung. Verschiedene Stimmen konnte man hören, die den Beamten das passive Wahlrecht zur Bürgerchaft überhaupt nehmen möchten. Es ist aber bezeichnend, daß gewisse Kreise gleich an Entrechtung denken, wenn die Wähler einmal von ihrem Wahlrecht in einer anderen Richtung Gebrauch machen, als es gewissen Cliquen paßt. Die Scheidung der Schafe und Böcke im Vaterstädtischen Verein ist denn auch bereits gestern abend erfolgt. Das Amtsblatt berichtet nämlich: „Nachdem der Verlauf der gestrigen Quartiersversammlungen des Vaterstädtischen Vereins gezeigt hat, daß für eine große Anzahl von Wählern die Ausübung des freien Wahlrechts auf dem Boden des Vaterstädtischen Vereins unmöglich gemacht ist, hat eine nach Abschluß der Quartiersversammlungen im Saale der Schiffvergesellschaft abgehaltene, von weit über 100 Männern besuchte Versammlung beschlossen, den Austritt aus dem Vaterstädtischen Verein zu erklären und einen „Neuen Bürgerchafts-Wahlverein“ zu begründen. Der Verein wird in aller Kürze mit der Aufforderung zu weiteren Beitrittserklärungen in die Öffentlichkeit heraustreten.“ Nun kann der Wahlkampf zwischen den Cliquen beginnen. Unsere Parteigenossen werden gut tun, mit Eifer auch für die sozialdemokratischen Kandidaten der ersten Klasse zu wirken. Es ist vielleicht nicht ganz unmöglich, daß wir dann dieses Mal nicht nur große Fortschritte, sondern auch noch andere Erfolge erzielen können. Den Gegenjag zu dem Streich um die Mandate der ersten Klasse bildete die einstimmige Aufstellung zweier Gerichtsdiener, eines Privatbeamten und eines Werkmeisters in der vierten Klasse. Um diese Durchfallskandidaturen reizt sich niemand; die überläßt man mit Vorliebe den Unterbeamten, die man in der ersten Klasse nicht gern sieht. Die Angehörigen der zweiten Wählerklasse werden am Wahltag schon zu erkennen geben, daß sie von den Kandidaten der Wahlrechtsräuber nichts wissen wollen.

Herr Julius Klein ersucht uns mitzuteilen, daß er das Stenogramm seiner Feuerungsrede in der Bürgerchaft, das von uns am Sonnabend auf seinen Wunsch im Auszug gebracht worden ist, nicht korrigiert habe. Wir hatten das auch garnicht behauptet. Worauf es uns ankam, ist,

daß der liberale Herr Klein den sozialdemokratischen Antrag auf Durchführung wirksamer Maßnahmen gegen die Feuerung scharf bekämpfte, obwohl sogar der sicher nicht sozialdemokratische Hauptlehrer Reimpell zugab, daß schon jetzt eine Unternehmung bei vielen Angehörigen der minder bemittelten Volksschichten vorhanden ist. Allerdings bezweifelt Klein ja das Vorhandensein einer Feuerung, wie sie unser Genosse Stellung geschilbert hatte. Und dieser Herr gibt trotzdem vor, auch die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten zu wollen. Sein Verhalten in der Bürgerchaft zeigt auf das deutlichste, was die Arbeiter von ihm zu erwarten haben.

Die Lübecker Nationalliberalen und die Kandidatur Herrschers im Herzogtum Lauenburg. Der nationalliberale Verein für Lübeck und Umgegend hat am Sonntag folgendes beschlossen: Der Nationalliberale Verein von Lübeck und Umgegend hat sich im vergangenen Frühjahr in der bekanntesten Resolution für eine Einigung der Liberalen im benachbarten Lauenburg zugunsten des fortschrittlichen Kandidaten Dr. Herrscher ausgesprochen. Der Lübecker nationalliberale Verein tat dies, weil er das Vaterland über die Parteien stellte und stets für ein energisches Bekämpfen der Sozialdemokratie eingetreten ist. Er hat aber erwartet, daß die fortschrittliche Volkspartei in den von der Sozialdemokratie bedrohten Wahlkreisen Dithmarschen-Steinburg und Flensburg in ähnlicher Weise handeln würde. Das ist aber bisher leider von den Schleswig-holsteinischen Volksparteilern nicht geschehen. Die Unterstützung in Lübeck und Kiel wird von den Herren als ganz selbstverständlich angesehen und das Prinzip von Leistung und Gegenleistung einfach vollkommen außer acht gelassen. Unter diesen Umständen können die Nationalliberalen in Lübeck es ihren Parteifreunden in Lauenburg durchaus nicht verdenken, wenn sie an der Kandidatur des Professors Herrscher mit aller Entschiedenheit festhalten und nicht noch einen dritten Wahlkreis dem Freisinn als Gratisgabe überlassen wollen. Da ferner die Kandidatur Dr. Herrscher jetzt durch den Verlust der nationalliberalen Stimmen sich in einer absolut neuen und veränderten Lage gegenüber der letzten Reichstagswahl befindet und dadurch vollkommen ausichtslos geworden ist, so muß, ganz abgesehen von Parteirücksichten, schon aus nationalen Gründen die nationalliberale Kandidatur des Professors Herrscher im Wahlkreis Lauenburg aufs kräftigste unterstützt werden. Dieser Entschließung sollten selbst die Volksparteiler im Kreise Lauenburg im Interesse des gesamten Liberalismus sich nicht entziehen.“ Die liberale Presse Lübecks ballt bei dieser Gelegenheit die Faust in der Tasche; sie will im Interesse des Mischmachtes sich „weiteres versagen“. Wie herrlich weit haben es doch die Fortschrittler in Lübeck bereits gebracht, wenn sie aus Mandatsrückichten schon dem Verbündeten nicht einmal mehr ihre Meinung zu sagen wagen. Auf wie schwachen Füßen muß somit nach der eigenen Ansicht seiner Parteifreunde die Kandidatur Klein stehen.

Eine Herzlosigkeit. Man schreibt uns: Bei einer Vereinsfeierlichkeit, die am Sonntag im Konzerthaus Lübeck stattfand, erhielt ein Festteilnehmer infolge eines Stretkes eine Wunde an der Stirn. Diese hatte einen solchen Blutverlust zur Folge, daß der Verwundete in Ohnmacht fiel. Trotzdem wurde er aus dem Lokal herausgebracht und trotz alles Bittens seiner Begleiter von der Besizerin nicht wieder hineingelassen, so daß er bei dem schlechten Wetter auf den nassen Erdboden gelegt werden mußte. Er wurde dann auf Anordnung des herbeigerufenen Arztes in die Kasernenwache gebracht, von wo er durch den Sanitätswagen dem Krankenhaus zugeführt wurde.

Straßensperre. Wegen vorzunehmender Straßenbauarbeiten ist die Strecke der Straße „Valauerfohr“ von der Duxstraße bis zur Regidienstraße vom Mittwoch, dem 1. November ds. Js. ab voraussichtlich auf die Dauer von vier Tagen für den Fuhrwerksverkehr gesperrt.

Ein Eisenbahnunfall ereignete sich heute morgen gegen 7 Uhr an der Untertrave bei der Kanalöffnung in der Nähe des Schuppens Nr. 9. Beim Rangieren gerieten mehrere Eisenbahnwagen infolge eines Herumspringens der dort befindlichen Weiche aus dem Gleis. Ein Wagon stürzte um und legte sich quer über die Straße. Personen wurden glücklicherweise nicht verletzt. Auch der Materialschaden dürfte nicht sehr erheblich sein.

Ein kleines Schandfeuer kam heute morgen gegen 9 Uhr in der unteren Hundestraße im Hinterhause der Hofischen Wirtschaft zum Ausbruch. Dort brannten verschiedene in einer Werkkammer befindliche Gegenstände. Die schnell herbeigerufene Feuerwehr konnte den Brand bald löschen.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Am Freitag, abends 8 Uhr, gelangt die Operette „Die Fledermaus“ von Johann Strauß mit Fräulein Braun als Gast in der Partie der Rosalinde zur Aufführung.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch abend 8 Uhr gelangt bei kleinen Preisen Wilhelms Operette „Der Vettelstudent“, mit Fräulein Grete Braun als Gast zur nachmaligen Aufführung. — Am Donnerstag erscheint Humperdincks Oper „Königskinder“ zum letzten Male auf dem Spielplan. — Für Freitag befindet sich die Novität „Der Gardeoffizier“ („Der Leibgardist“) Komödie von Franz Molnar in Vorbereitung.

Hamburg. Tödliche Unglücksfälle im Kühlhause. Am Montag morgen kurz vor 7 Uhr pläzte in dem Kühlhause in der Kampstraße 35 das Hauptdampfrohr. Durch den ausströmenden Dampf wurde der in Altona, Gimsblüetlerstraße 32 wohnende 25jährige Heizer Peter Henning so schwer verbrüht, daß er bald darauf seinen Verletzungen erlag. — Im Fahrstuhl totgeerstickt. Die 14jährige Wilhelmine Schröder, Tochter einer in der Nylstraße Nr. 13 wohnenden Witwe, ist am Montag abend auf schreckliche Weise ums Leben gekommen. Sie hatte bei der Tochter des Hauswirts im Kontorhause Kaiser-Wilhelm-Straße Nr. 46 zu Besuch gewollt und benutzte beim Verlassen des Hauses kurz nach 7 Uhr den Patronenloft-Fahrstuhl. Durch gellendes Hilfesgeschrei wurden die im Hause befindlichen Leute aufgeschreckt. Im Erdgeschoß fand man das Mädchen mit dem Unterkörper bis zur Brust seitwärts hinter dem Fahrstuhl und der Wand eingeklemmt. Der Kopf und die Arme hingen über den Rand des Fahrstuhls nach innen hinein. Anscheinend ist das arme Kind schon nach wenigen Augenblicken tot gewesen. Die Mannschaft des sofort herbeigerufenen Zuges 3 der Feuerwehr hatte 1½ Stunden zu tun, ehe es gelang, den Körper freizulegen. Das Holz und das Eisengelänge mußten ringsherum durchgeschnitten werden. Wie das Mädchen hinter den Fahrstuhl geraten ist, erscheint nicht leicht erklärlich. Es muß schon von einem höheren Fahrstuhl hinuntergesprungen und dabei fehlgeraten sein.

Wandsbeker. Genosse Rudolf Rossbitt ist Sonntag vormittag im Eppendorfer Krankenhaus gestorben. Genosse Rossbitt, Berichterstatter unseres Hamburger Parteiorgans, war stets unermüdblich für die Partei tätig, sowohl als Vorstandsmittelglied des sozialdemokratischen Vereins von Wandsbek wie als geschickter und erfolgreicher Agitator.

Die Wandsbeker Parteigenossen, die den Eifer und die Gaben Rossbitts wohl zu würdigen wußten, wählten ihn in das Stadterordnetenkollegium, wo er sofort eine auch von den Gegnern anerkannte fruchtbare Tätigkeit entwickelte. Willentlichster Gewissenhaftigkeit widmete er sich der oft genug so unandbaren Kleinarbeit der kommunalen Verwaltung und mußte stets den streng sozialdemokratischen Standpunkt wahren. Auch eine mit vielen Mühen und geringen Ausschichten auf Erfolg verbundene Kandidatur zum preussischen Landtag übernahm er, wie er ja überhaupt nie fragte, ob seine Anstrengungen ihm, sondern nur, ob sie der Partei Früchte brächten. Unsere Parteigenossen in Wandsbek haben einen schweren Verlust erlitten; nicht leicht ist die Lücke auszufüllen, die der Tod des Wackers gerissen hat. Ehre seinem Andenken!

Hamburg. Der Berliner Polizeipräsident von Jagow vor dem Staber Landgericht. Wie erinnerlich, hielt der Polizeipräsident von Berlin, Herr v. Jagow, anlässlich der Kaisergeburtstagsfeier der Polizeibeamten im Zoologischen Garten in Berlin am 27. Januar eine Rede an seine Beamten, in der er Gelegenheit nahm, die Angriffe auf die Berliner Schutzmansschaft wegen der Moabiter Vorgänge zurückzuweisen. Er sagte u. a.: „Das Ehrenschild der Schutzmansschaft sei rein, sie habe tabellose Manneszucht gehalten und ihre Pflicht erfüllt.“ Diese Rede forderte nicht nur die Kritik der sozialdemokratischen, sondern auch der linksstehenden bürgerlichen Blätter heraus. Auch unser Hamburger Parteiblatt, das „Volkssblatt“, übte an der Rede Kritik. Sonderbarerweise stellte infolge dieser Kritik Herr v. Jagow gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Schuber, Strafantrag auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches wegen formaler Beleidigung. Eine für den 7. April vor dem Landgericht in Stade gegen Schubert anberaumte Verhandlung wurde vertagt, indem den Beweisanträgen des Beklagten, Rechtsanwalts Genossen Dr. Herz-Altona, stattgegeben wurde. Dr. Herz beantragte, darüber Beweis zu erheben, ob die Führung der bei den Moabiter Vorgängen beteiligten Schutzeleute tatsächlich „tabellos“ gewesen, ob eine eingehende Untersuchung jedes einzelnen Falles vorgenommen worden, ob das Ehrenschild der Berliner Schutzmansschaft rein geblieben ist und die Schutzeleute Manneszucht gehalten um. Dr. Herz benannte hierüber zehn Zeugen und beantragte die Heranziehung der Akten über den Tod des Arbeiters Herrmann und über die Moabiter Strafsache gegen Hagen und Genossen. Das Staber Gericht vertagte hierauf die Verhandlungen. Weil nun die Ermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft in Sachen des totgeschlagenen Arbeiters Herrmann sehr lange Zeit in Anspruch nahmen, hat der Prozess den ganzen Sommer über geruht und er wird erst am Mittwoch, dem 1. November, wieder vor dem Landgericht in Stade zur Verhandlung kommen. Es sind zehn der markantesten Zeugen aus dem Moabiter Prozess geladen. Damit steht eine Aufrollung des Moabiter Kriminalprozesses in seinen Hauptstücken bevor. — Wir werden darüber berichten.

Kiel. Mit einem Tesching totgeschossen. Die Spielerei mit einem Tesching hat Sonntag am Germania-Ring sehr ernste Folgen gezeitigt. Der Schiffbaulehrling Otto Dose spielte mit einer solchen Schusswaffe. Sie entlud sich, und die Kugel drang dem jungen Menschen ins Auge ein. Dose stürzte sogleich zu Boden und wurde ohnmächtig nach der Heilanstalt gebracht. Er ist dort, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben, gestorben.

Scheue. Großfeuer. In der Sonntagnacht gegen 12 Uhr kam in der hiesigen Maschinenfabrik von A. Laackmann Nachf. (Inhaber S. Mathiesen) ein Feuer zum Ausbruch, das sehr schnell um sich griff. Das an der Fischerstraße in der Nähe des Hafens belegene Fabrikgebäude ist gänzlich ausgebrannt, wogegen das an der Kapellenstraße liegende Wohnhaus gerettet wurde. Die gesamten Maschinenanlagen sind vernichtet. Der Schaden ist bedeutend. Der Betrieb ist vollständig gestört. Wie verlautet, soll das Feuer in dem in der Nähe des Fabrikhorns liegenden Kohlenlager ausgebrochen sein.

Rostock. Einführung eines gerechteren Wahlrechts. In der gestrigen Sitzung der Bürgervertretung begründete Genosse Staroffson den folgenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion: Der Rat wird ersucht, der Bürgervertretung eine Vorlage zu machen, durch die allen in Rostock und Warnemünde wohnenden Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts vom vollendeten 20. Lebensjahre an (unter Fortfall des Bürgerrechtsgeldes) das gleiche, geheime, allgemeine und direkte Wahlrecht zur Bürgervertretung verliehen wird. Der fortschrittliche Führer, Dr. Sobias erklärte sich im übrigen für den Antrag, nur wollte er die Altersgrenze auf 25 Jahre festgelegt wissen. In diesem Sinne fand der Antrag gegen eine starke Minderheit Annahme.

Bremen. Beendete Lohnbewegung in den Bremer Staatsbetrieben. Die Bremer Staatsarbeiter hatten beschlossen, nochmals mit den Verwaltungsdeputationen zu verhandeln. Dieser Beschluß rief derzeit bei der Minorität der zahlreich besuchten Versammlung große Erregung hervor. Die Redner der Minderheit vertreteten die Auffassung, daß jede weitere Verhandlung zwecklos sei, und daß nur noch auf dem Wege der Arbeitsniederlegung etwas erreicht werden könnte. Am Sonntag morgen wurde in einer Staatsarbeiterversammlung über das Ergebnis der weiteren Verhandlung berichtet. Die meisten Arbeiterausschüsse kamen mit leeren Händen. Es bleibt im allgemeinen bei der täglichen Lohnzulage von 20 Pf., nur die Straßenreiniger erhalten noch 10 Pf. Zulage pro Tag. In zwei Staatsbetrieben war den Arbeitern überhaupt nichts bemilligt worden. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde für alle Betriebe abgelehnt. Wegen der Verzögerung der Differenz zwischen Lohn und Krankengeld schweben noch Verhandlungen. Trotz der minimalen Zugeständnisse fand sich diesmal kein Redner, der für die Arbeitsniederlegung eintrat. Abgesehen von der Versammlung bedeutend schlechter besucht als die vorige. Eine Resolution des Vorstandes, die die Arbeiterausschüsse und die Verbandsleitung beauftragte, für die baldige Durchführung der noch unerfüllten Forderungen Sorge zu tragen, wurde abgelehnt, überhaupt wurde davon Abstand genommen, irgend einen Beschluß zu fassen. — Sympathiestreit der Tabakarbeiter. In Bremen sind die Tabakarbeiter am 30. Oktober zugunsten ihrer ausgesperrten Kollegen in Westfalen in den Sympathiestreit getreten. Die Zahl der Streikenden beträgt nach dem „W. L. B.“ im ganzen circa 1000, einschließlich der Arbeiter der Fabriken der näheren Umgebung Bremens. — Bevorstehender Streik in der Heizungsbranche in Bremen. In einer am Sonntag in Bremen abgehaltenen Versammlung der Arbeiter der Heizungsbranche ist beschlossen worden, am 1. November in den Ausstand zu treten. Es handelt sich um Lohnsdifferenzen. Es kommen ca. 600 Personen in Frage.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. S. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Volkswerksammlung

am Mittwoch, dem 1. November, abends 8 1/2 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Johannisstr.

Tages-Ordnung:

Die Lebensmittelteuerung, ein Verbrechen am Volk.

Referentin: Frau Käte Leu.

Können die Versammlung zu einer gewaltigen Demonstration werden gegen den Volkserrat der bürgerlichen Parteien im Reichstag und Bürgerchaft.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Söbbit.

Paul Löwig, Johannisstraße 46.

Albert Meinke, Lübeck
 Baumwollene Waschstoffe, Meter 40, 50, 60, 70, 80 Pfg.
 Schürzenstoffe in enormer Auswahl von 48 Pfg. bis 1 Mk.
 Wollene Kleiderstoffe, nur Neuheiten der Saison
 Meter 60, 75, 85 Pfg., 1 Mk. bis 4 Mk.
 Kleider- und Reformschürzen von 1 Mk. an.
 Mädchen-Reformschürzen von 50 Pfg. an.
 Küchen- und Tändelschürzen von 15 Pfg. an.
 Damenhemden von 100 Pfg. bis 3 Mk.
 Damenhosens von 100 Pfg. bis 3 Mk.
 Regenschirme von 1.50 Mk. bis 10 Mk.
 Unterröcke 70, 80 Pfg. bis 12 Mk.
 Nachjacken von 1 Mk. an.
 Strümpfe und Socken.
 Kostümröcke
 Blusen
 Korsetts
 Pelzkragen.

Albert Meinke, Lübeck
 Adlerstr. 22. In Ahrensböck bei Fink & Neils in Neustadt in Holstein.
 Niederlagen: Beckergroße 36, Ecke Kupferschmiedestraße. In Oidealee bei Meinke & Hansen, Adlerstr. 32.
 Sonntagstraße 108, Güte-Neubürgerstraße 15.

Bettsfedern.
 Fertige Betten.
 Betten-Ausstellung in der 1. Etage.
 Bett-Zulefts, Nähen gratis.
 Fertige Bett-Bezüge v. 2 Mk. an.
 Fertige Betttücher von 1.50 an.
 Teppiche, Bettvorlagen, Felle.
 Bettdecken, Tischdecken, Schlafdecken.
 Herren-Anzüge und einzelne Hosen.
 Knaben- u. Jünglings-Anzüge sehr billig.
 Herren-Winterpaletots in größt. Auswahl.
 Damen-Jacketts v. 3—24 Mk. Capes v. 6—20 Mk.
 Gadenjoppen von 3,50—20 Mk., warm gefüttert.
 Ein Posten Taschentücher unter Preis.

Rote Lubeca-Rabatt-Marken.
 Billige Einkaufsquelle für Wiederverkäufer.

Gasthof Kl.-Mühlen.
 Am Sonntag, 5. November:
Berschießen und Verkegeln
 von Ferkeln, Aalen und Karpfen.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 B. Studd.

Verband deutscher Gastwirtsgehilfen.
Versammlung
 am Mittwoch, dem 1. Novbr.
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50—52.
 Tages-Ordnung:
 1. Mitteilung des Vorstandes.
 2. Abrechnung vom 3. Quartal.
 3. Besprechung der Statutenvorlage.
 a) Arbeitslosenunterstützung.
 b) Doppelorganisation.
 4. Wahl eines Gewerbegerichts-
 beiflers.
 5. Verschiedenes.
 Alle Kollegen müssen erscheinen.
 Der Vorstand.

HANSA THEATER
 Heute Dienstag:
Abschieds-Gastspiel
 des
Original-Parisiana.
 Das starke Stück.
 Verbotene Frucht.
 !! BEREGISS !!
 Loos 33
 Vorverkauf bei Sager.
 Vorzugskarten wochentags
 gültig.

Sämtliche zur Schlachtereier
 erforderlichen Artikel
 empfehle in allerfeinster Ware.
 Carl Trost Nachf.,
 Sachsenburg, Allee 55 c.

Ausspielen
 von
**fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch**
 auf einem Ziehbillard
 am Sonntag, 5. November.
 Anfang 11 Uhr morgens.
 Einzug 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Franz Lüth,
 Karpfenstraße 21.

Restaurant „Zur Drehbrücke“
 Untertrave 53.
Großes Ausspielen
 v. fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch
 auf einem Ziehbillard
 am Donnerstag, d. 2. November.
 Anfang 10 Uhr vormittags.
 Einzug 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Paul Saust.

Das St.-Lorenz-Beerdigungs-Institut
 Georg Behneck, Warendorferstr. 4
 Telefon 2186
 übernimmt Erd- und Feuer-Bestattungen, sowie Ueber-
 führungen. Großes Lager von Särgen, Wäsche usw. usw.
 Billigste Preise.

Da die unliebsamen Vorkommnisse in unserem Geschäft sich
 noch nicht aufgelöst haben, ersuchen wir unsere werte Kundschaft,
 das uns bis dahin gezeichnete Vertrauen auch weiter zu überlassen.

Empfehlen:
 Prima Schweinefleisch (Bauchfleisch) Pfd. 65 Pfg.
 Prima Bratenfleisch Pfd. 65 Pfg.
 Prima Carbonade Pfd. 70 Pfg.
 Prima kleine Rauchhüfte Pfd. 80 Pfg.
 Prima ger. Rachen und Rippensteck Pfd. 90 Pfg.
 Prima Bratenfleisch Pfd. 40 Pfg.
 Täglich frische Bratenwurst Pfd. 80 Pfg.

Sowie sämtl. Wurst- und Fleischwaren
 zu den billigsten Tagespreisen.

H. Schmalfeldt & W. Mamerow
 Meißnerstraße 26. Fernsprecher 2152.

Restaurant „Zur Weintraube“
 Huxstrasse 94.
Großes Ausspielen
 von
**fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch**
 auf einem Ziehbillard
 am Donnerstag, 2. November 1911.
 Anfang 10 Uhr morgens.
 Einzug 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Louis Klein,
 J. V. Friedr. Lender.

Zur alten Lohmühle
Großes Verkegeln sowie
Ausspielen auf einem Ziehbillard
 von
**fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch**
 am Sonntag, dem 5. und Montag,
 dem 6. November 1911.
 Anfang 11 Uhr vormittags.
 Einzug 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
H. Luckmann.

Neues Stadttheater.
 Mittwoch, 1. November. 8 Uhr.
Bei kleinen Preisen!
Gastspiel Grete Braun
 vom Hamburger Operetten-Theater.
Der Bettelstudent.
 Operette von Müllacker.
 Donnerstag, 2. November. 7 1/2 Uhr.
 Zum letzten Male:
Königskinder.
 Oper von E. Humperdinck.
 In Vorbereitung! Neu!
Der Gardeoffizier.
 (Der Leibgardist.)
 Komödie von Franz Molnar.

Stadthallen-Theater.
 Freitag, 3. November. 8 Uhr.
Gastspiel Grete Braun
 vom Hamburger Operetten-Theater
Die Fledermaus.
 Operette von Joh. Strauß.
 Vorverkauf täglich in den bekannten
 Stellen bei Nagel, Markt 14, und
 Red, Kochmarkt 18.

Das russische Henkerregime in Zahlen.

Es wird wohl kaum jemals möglich sein, die unermesslichen Opfer der Konterrevolution in Rußland genau festzustellen. Wie eine blutige Welle haben sich die militärischen, gerichtlichen und administrativen Repressionen, die Strafexpeditionen, die behördlich organisierten Pogrome, die Kriegs- und Feldjustiz über das ganze Reich ergossen. Hunderttausende von Existenzen vernichtet, Tausende umgebracht und viele Zehntausende in die sibirischen „Totenhäuser“ und in die Verbannung gejagt. Die Zahl der Opfer der Konterrevolution läßt sich nicht genau feststellen, denn die Baschibozuks des „Friedenszaren“ haben im Reich etwa in derselben Weise gehaust, wie die Henkersknechte Swans des Schrecklichen. Indessen haben unermüdete Forscher das Material zusammengetragen, das annähernd — und doch weit hinter der Wirklichkeit zurückbleibend — die fünfjährige Epoche nach dem Oktobermanifest von dieser Seite charakterisiert. Kalte, nackte Zahlen sind es, Zahlen, die der Westeuropäer schwer in Fleisch und Blut zu kleiden vermag, aber ohne Kenntnis dieser Zahlen ist die Umwälzung schwer verständlich, die sich in diesem Jahrhundert im russischen Reich vollzogen hat.

Die Unterdrückungsaktionen. — Nach den Berechnungen der Zeitung „Berestok“ wurden bei der Unterdrückung der revolutionären Bewegung in den Jahren 1905 und 1906 getötet 26 183 und verwundet 31 117 Personen. Zu denselben Aktionen gehören auch die Pogrome gegen die Juden und gegen die Intellektuellen, deren behördlicher Ursprung in zahlreichen Prozessen unumstößlich nachgewiesen worden ist. Nach den Berechnungen des bekannten Forschers Dr. D. S. H. b. a. n. k. o. w. litten unter den Pogromen

im Jahre 1905	25 605 Personen
„ „ 1906	4 524 „
„ „ 1907	3 898 „
„ „ 1908	2 006 „
„ „ 1909	1 665 „

Insgesamt . . . 37 398 Personen

In dem Werke „Die Judenpogrome in Rußland“ (Köln/Leipzig 1910) wird nur für das Jahr 1905 die Zahl der bei den Pogromen getöteten Juden mit 1002 und der Verwundeten mit 1918 angegeben. Insgesamt wurden aber von den Oktoberpogromen betroffen 201 000 Juden, die einen direkten Verlust von 62,7 Millionen Rubel erlitten. Die Gesamtzahl der von den Pogromen in Mitleidenhaft gezogenen Personen dürfte sich also, auf diesen Zahlen gemessen, in dem erwähnten Jahrhundert auf zwei bis drei Millionen belaufen.

Die Strafexpeditionen. — Es kann angenommen werden, daß die Strafexpeditionen über 1 500 Personen niedergemetzelt haben. Diese Zahlen sind aber sehr lückenhaft. Nach den Angaben der schwedischen Gouverneurskanzlei sind in den Jahren 1905/06 bloß in Riga nebst Umgegend 1 650 Personen von den Strafexpeditionen und laut Gerichtsurteil hingerichtet worden. Aber auch diese Zahl ist unvollständig: hierher gehören bloß die Opfer, nach welchen seitens der Verwandten recherchiert wurde; die übrigen

Mut zur Sünde.

Roman von Max Kreher.

(28. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten; alle Rechte vorbehalten.)

Kurze Zeit darauf kam Gertrud Granie ins Haus gestürzt; man konnte wirklich so sagen, denn sie hatte etwas von einem losen Schmetterling, der sich bald hier, bald dort hin setzt und die Menschen durch seine Buntheit erfreut. Natürlich gehört dazu auch Sonnenschein, und den brachte sie mit, obgleich auch an diesem Tage der Winter nur sein grüliches Gemach zeigte. Sie entstammte einer der alten Refugiéfamilien, die sich auch in Berlin festgesetzt hatten und zum Teil zu großem industriellen Ansehen gekommen waren. Schon der Urgroßvater hatte mit Apothekenutensilien gehandelt; dann war die Firma Granie u. Waffe entstanden, die mit ihren Fabrikaten chemischer, pharmazeutischer usw. Apparate und Geräte weltbekannt wurde, nachdem sie sich schließlich eigene Glasfrittenwerke zugelegt hatte. Drei Brüder Granie waren zuletzt daran beteiligt gewesen, bis Gertruds Vater familiärer Zwistigkeiten wegen austrat und sich seinen Anteil einfach auszahlen ließ. Zuletzt war er kränzlich gewesen, denn er litt an den Folgen von Vergiftungserscheinungen, die er sich an den Chemikalien zugezogen hatte. Und als er dann starb, hinterließ er außer seinem Sohne, der Offizier war, die zwölfsährige Gertrud, die schon ein Jahr später nach Lausanne kam und nun bei der Mutter weilte, die sich im schönen Villenviertel Dresdens angesiedelt hatte, wo sie mit einer unverheiratet gebliebenen Schwester gemeinsamen Haushalt hielt.

Da Frau Frobels mütterlicherseits verwandt war mit ihnen, so bestand schon seit Jahren die Gewohnheit, daß man sich gegenseitig Erholungsbesuche machte: im Sommer brachte Ernestine mit den Mädchen gewöhnlich ein paar Wochen im schönen Schandau zu, wo Frau Granie ein Landhäuschen besaß, und im Winter kam Gertrud nach Berlin, um sich zu amüsieren und zu genießen, denn die Damen in Dresden lebten ziemlich zurückgezogen.

Der braune Schmetterling war sehr selbständig und infolge des häufigen Pensionwechsels so ans freie Umherfliegen gewöhnt, daß er schon nichts mehr Besonderes darin erblickte, sich plötzlich, mit Handtasche und Hutkoffer bewaffnet, in den nächsten D-Zug zu setzen und die Flügel ein paar Stunden zusammenzuklappen, um dann mit glücklichen Augen angeschwärmert zu kommen, natürlich mit der Sehnsucht nach dem Honig des Lebens, denn unter dem machte er nicht. Und so war er nun hier.

Opfer der vertierten Soldateska, die unter der Leitung der baltisch-deutschen Junker die Ostseeprovinzen verwüstete, sind noch heute als „Emigranten“ in den Listen angeführt.

Gerichtlich nicht konzedionierte Morde. Zu dieser Kategorie der politischen Morde der russischen Regierung gehören die Opfer der Begleitoldaten, der Gefangenenaufseher usw. Nach einer Statistik von A. Wentin wurden im Jahre 1909

	getötet	verwundet
bei Fluchtversuchen	148	126
bei bewaffnetem Widerstand	79	46
bei Exekutionen und Verhören	23	69
bei Unruhen	5	41
in Gefängnissen	76	37
insgesamt	331	355

Bloß in einem Jahr erreichte also die Zahl dieser Opfer die Höhe von 686! Die meisten von ihnen entfallen, wie ersichtlich, auf die politischen Gefangenen, die entweder von den Begleitoldaten, angeblich wegen „Fluchtversuches“, oder bei der Unterdrückung von „Revoluten“, oder durch die Schüsse der Wachsoldaten durch die Zellenfenster getötet oder verwundet worden sind.

Die Kriegsfeldgerichte. Nach der Auflösung der ersten Duma für die Dauer von acht Monaten eingeseht, verurteilten sie 1102 Personen, oder 137 Personen im Monat zum Tode. Die Todesurteile bildeten 88,1 Prozent aller von ihnen gefällten Urteile.

Die Kreis-Militärgerichte. Laut den offiziellen Angaben sind von diesen Gerichten, deren Prozedurordnung seit 1907 dem „verkürzten Verfahren“ der Feldgerichte fast gleichgestellt worden ist, in den Jahren 1905 bis 1910 wegen „politischer Vergehen“ insgesamt zirka 6000 Personen zum Tode verurteilt worden. Für 2250 Personen wurde die Todesstrafe in andere Strafarten umgewandelt — meist in lebenslängliche Zuchthausstrafe — während die übrigen hingerichtet wurden, und zwar:

im Jahre 1906	249 Personen
„ „ 1907	624 „
„ „ 1908	1340 „
„ „ 1909	717 „
„ „ 1910	128 „

Mit den 683 Hinrichtungen auf Grund der Urteile der Feldgerichte ergeben diese Zahlen für das Jahrhundert nach dem Oktobermanifest 3750 gerichtlich konzedionierte politische Morde der russischen Regierung.

Diese Opfer sind aber nicht die einzigen, die die Kriegs- und Feldgerichte gefordert haben. Außer ihnen haben sie in dem erwähnten Zeitraum verurteilt:

zum Zuchthaus (Katorga)	6535 Personen,
zur lebenslänglichen Deportation	1056 „
zu Festungshaft, Arrestantenkompanie usw.	7496 „

Die Zivilgerichte. — Die allgemeinen Gerichtsinstitutionen — der Senat, die Appellhöfe und die Bezirksgerichte — haben in demselben Zeitraum wegen „politischer Vergehen“ verurteilt:

zur „Katorga“	2105
zur Deportation	801
zu anderen Strafen	13891

insgesamt 16797 Personen.

Gesamtzahl. Die Militär- und Zivilgerichte haben von 1905 bis 1910 wegen Beteiligung an der sozialpolitischen Bewegung insgesamt verurteilt

zur Katorga	8640 Personen
„ Deportation	1857 „
„ Arrestantenkompanie	4144 „
zum Disziplinärbataillon	1291 „
zur Gefängnisshaft	9218 „
„ Festungshaft	4249 „
zum Arrest	2485 „

insgesamt 31885 Personen

Administrative Verbannung und Verhaftung. Eine besondere Kategorie der Opfer der politischen Verfolgungswut bilden die Personen, die „administrativem Wege“ ins Gefängnis geworfen und für viele Jahre nach Sibirien oder in die nördlichen Souveränements verbannt werden, garnicht zu gedenken der nach Tausenden zählenden Opfer der politischen Spionage, die auf die Angabe irgend eines Spiegels für viele Monate in „Untersuchungshaft“ genommen werden (die kürzlich vorgenommene Revision der Kiewer „Schraua“ hat ergeben, daß die Zahl dieser gänzlich unschuldigen Opfer nach Tausende zählt). Die Zahl der „administrativen“ Verhaftungen festzustellen, ist unmöglich. Sie tritt nur hervor, neben den ungeheuren Armeen der gerichtlich Verurteilten, in der ständig zunehmenden Zahl der Gefängnisinsassen, die sich belie (in runden Zahlen): 1905 — 85 000, 1906 — 111 000, 1907 — 138 000, 1908 — 166 000, 1909 — 200 000, 1910 — 210 000, 1911 — 220 000 Personen. Dagegen wird die Zahl der politischen Verbannten offiziell registriert. Sie betrug 1908 — 7677, 1907 — 8130, 1909 — 10 156, 1909 — 2200. Die Gesamtzahl der politische Verbannten wurde von dem Ministerium des Innern im Jahre 1909 auf 22 568 Personen angegeben. Außerdem wurden von 1906—1909 von verschiedenen General-Gouverneuren auf Grund des Kriegszustandes ausgewiesene 6000 und nach dem Heimatsorte verbannt 700 Personen.

Resumé: Auf Grund aller dieser unvollständigen Angaben kann angenommen werden, daß die 5jährig Periode der Konterrevolution folgende Opfer gefordert hat: ca. 25 000 Tote bei Pogromen und anderen Massakres, 1500 Opfer der Strafexpeditionen, 3750 Opfer der Kriegs- und Feldgerichte, 32 000 Katorgafangene, 35 000 politische Verbannte. — Diese Zahlen müßten von Rechts wegen auf die Stirn Nikolaus II. eingetrieben werden.

Eine neue Lügenmär

über sozialdemokratischen Terrorismus macht in einer „Eingeladene“ die Runde durch die pommerische konservative Presse. Da als sicher anzunehmen ist, daß alle Reichsverbandsblätter bis in den entlegensten Winkel Deutschlands über den fetten Bissen herfallen, um bei der Wahlbewegung Kapital daraus zu schlagen, wollen wir auf Grund authentischer Nachrichten den Schwindel hier fest nageln.

O, dieses Berlin, dieses schöne, verführerische Berlin! Natürlich meinte sie es anders als Günther, der dazu lachte und mit umging, als hätte er die dritte Schwester vor sich.

„Kinder, was seid ihr zu beneiden. Dieses Leben, dieser Trubel! Schon, wenn man durch die Leipziger Straße fährt.“ Sie war ganz unerwartet gekommen, hatte sich mit ihrem Handgepäck eine Drofschke genommen und war erst ein wenig herumgefahren, um für die Mädels ein paar harmlose Aufmerksamkeiten zu kaufen; denn wertvolle Dinge hatten sie ja genug. Frau Frobels schalt sie zwar aus, weil man ihr den Wagen nicht hatte schicken können, Gertrud aber lachte dazu und antwortete: „Das ist amerikanisch.“ Das war so ihre Redensart, die sie sich durch ihren Verkehr mit jungen Ausländerinnen in Dresden angewöhnt hatte.

Sie war nicht viel über Mittelgröße, und eigentlich war sie nicht schön zu nennen, aber sie hatte Klasse und gesunde Wangen, die aufdringlich gegen die blassen Gesichter von Ebba und Annemarie abstachen. Wenn die drei zusammenstanden, sah es fast aus, als wäre eine volle Himbeere in die Schlaglähne geraten. Nach einer Andeutung Günthers wenigstens.

Danach hatte sich Annemarie auf ihren Storchbeinen gedreht und Ebba ihm zugerufen: „Na, weißt du! So gefährlich ist es nun doch nicht.“ Gertrud jedoch hatte gewisse bemerkt: „Ich bin nun gerade keine Himbeere, denn dafür würde ich mich bedanken; aber wenn es auch keine Gloge ist, etwas Wahres ist doch daran. Ihr müßt mehr in die Luft, ihr müßt reiten und rudern, wie ich es tue. Im Sommer liege ich manchmal stundenlang auf dem Wasser. Was Scheeues.“ Manchmal schäufelte sie ein wenig, und da sie Günther schon damit aufgezogen hatte, so ließ sie sich mit Absicht darin gehen.

„Hör doch, Mädchen, Schertrud reitet.“ rief die jüngste aus und machte den Drehblick nach oben.

Die Granie nickte großartig. „Seit diesem Winter, ich nehme Unterricht.“

„Ach, wir verkrümelte Wesen.“ sagte Ebba verblüfft, das sollten wir mal tun. Müßte hübsch aussehen.“

Ernestine seufzte, und da Gertrud alles begriff, so wurde sie von Rührung befangen und umhüllte und drückte die Mädchen. Sie sah ein, daß hier noch immer alles beim alten war, und daß diese Pfänzchen trotz des goldenen Bodens immer noch nicht weiter kamen. Um so frischer und kerniger stand der lose Günther vor ihr; und da sie zu den Wesen gehörte, die nie lange Trübsal bliesen, so klopfte sie auch ihm die Wange und meinte, daß dieser hier umso mehr

Blut habe; hoffentlich noch immer nicht überhäumendes denn Berlin, ja, Berlin —!

Frau Frobels seufzte abermals und zwar aus zweierlei Gründen: erstens bei dem Gedanken; wenn du müdest und zweitens, weil ihr diese Art der Vießholung gegen den Strich ging; denn sie sah nur das Kameradschaftliche darin so, wie es schon früher gewesen war. Weder Günther noch Gertrud wurde rot, und das war recht bezeichnend. Denn sie hatte doch in ihrem Briefe an Frau Granie deutlich genug zu verleben gegeben, worum es sich bei diesen Besuche handelte. Aber vielleicht kam es noch; jedenfalls wollte sie tüchtig feuern, um die Herzen entflammen zu lassen.

Zwei Tage hintereinander, zu den üblichen Stunden machte Gertrud ihre Besuche bei Freundinnen, immer in dem Kuppe der Frobels. Die Granies ließ sie schießen denn wenn die wüßten, daß sie in Berlin sei, so hätte sie sich zerteilen müssen. Und Mama hatte doch gewünscht, daß sie sich nur der lieben guten Ernestine ganz widmen möchte. Es kamen dann auch schöne Abende, immer im Theater Konjert und Oper, und immer eine ganze Loge, denn die meisten der Frobels waren dabei, sicher aber Ernestine und Günther; je nachdem, was man sehen wollte. Gerhart schied bald aus, denn er machte sich nichts aus Gertrud, die ihm viel zu klug war, übrigens auch schon zu „aufgeklärt“, denn sie las die „Modernen“, sei es Nietzsche; kannte die ganze Bande der jüngeren Farbenflecker (so drückte er sich aus) und warf mit soviel Titeln, Namen und Vergleichen um sich, daß ihm ganz angst und bange wurde. Dabei geschah es spielend und lachend, nicht etwa in der Art von Blaustrümpfen, sondern mit der Aufgewecktheit kluger Mädchen, die sich wundern, daß „die anderen“ wenig davon wissen. Nein, das war nichts für ihn; dieser lose Schmetterling kribbelte zu andauernd auf seinem dicken Schädel übrigens beruhete das infolge seines kindischen Gebarens auf Gegenseitigkeit.

Na, und mit Onkel Dietrich, mit dem hatte es erst recht sein Bedenken. Zwar war er Kavallerie durch und durch und mußte alles, verlor aber dann den Faden und sah dann hilflos neben ihr. Am meisten erträglich war er noch in Zirkus und beim Ballett, denn da gab es nur zu sehen. Außerdem hatte er die schreckliche Angewohnheit, den alten Kohl über die Refugies aufzumärmen, womit er immer so lange zu warten schien, bis sie gerade in Berlin war. Ja ihre Mama hatte recht; die gute Tante Tischen hatte mit ihrer Gesellschaft viel auszuhalten. Natürlich war Günther ausgeschloffen, dieses Familienwunder, wie man zu Paul sagte; er war durch und durch ein prächtiger Mensch, mußte

In einer Notiz unter der Überschrift „Von sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Tode gehegt“, wird behauptet, die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in Stolp in Pommern hätten einen Tischler D. fortwährend bedrängt, der Gewerkschaft beizutreten. Um vor den verhöhnenden Verfolgungen sicher zu sein, trat D. schweren Herzens der Gewerkschaft bei. Es brach ein Tischlerstreik aus, D. mußte mitmachen, wie es geschmackvoll in dem Eingelassen heißt, und bekam auch Streikgelder. Mit dem Gelde kam er aber nicht aus. Er suchte sich deshalb wieder Arbeit und erklärte seinen Austritt aus dem Verband. Bald sei er so „bearbeitet“ worden, daß er sich in Stolp nicht mehr sicher gefühlt hätte und den Ort verlassen mußte. Die Genossen belegten seine Sachen mit Beschlagnahme, da er ja eine Zeilung Streikgelder erhalten hatte. „Er sei nach Triebles gegangen, weil er annahm, dort gäbe es keine Gewerkschaft. Doch vergebens. Auch hier waren „Sozialdemokraten“ und legten ihr Treiben, den Mann zu ruinieren, fort. Schwer leidend war er schon infolge der Hitze geworden, und fast niedergebroschen flüchtete er mit Frau und Kindern nach Anklam. Hier mußte er als kranker Mann die erste beste Arbeit aufnehmen, es war aber bereits vorbei mit ihm, sein geschwächtes Herz hatte diese Aufregungen nicht ertragen können, er starb. — Um den Kindern und sich das nötige Brot zu verdienen, arbeitete sich auch seine Frau ganz ab, die ihm überarbeitet und vergrämt wenige Wochen später in den Tod folgte.“

Diese schaurige Geschichte ist aber von A bis Z erlogen! Der Fall um den es sich hier nur handeln kann, liegt bereits mehrere Jahre zurück. Er ist folgender:

Im Jahre 1902 trat der Tischler Emil Dehn aus dem Gewerksverein der Holzarbeiter (H.-V.) mit etwa 20 seiner Kollegen aus, weil dieser die Interessen seiner Mitglieder mit Füßen getreten hatte. Sämtliche Tischler traten sofort dem Deutschen Holzarbeiterverband freiwillig bei. 1906, also 4 Jahre später, brach in Stolp ein Streik aus, der vom Holzarbeiterverband und den nationalen Arbeitern eine Zeilung gemeinsam geführt wurde. Während des Streiks reiste D. in Begleitung eines Kollegen nach Triebles, wozu er aus der Verbandskasse das nötige Reisegeld erhielt. Nach einiger Zeit ließ er seine Familie nachkommen; diese bekam die Umzugsunterstützung. Die Fabrik, in der D. tätig war, ging dann pleite, sodas Dehn nun arbeitslos wurde. Während sein Kollege nach Stolp zurückkehrte, reiste D. nach Anklam, wo er unter tatkräftiger Mithilfe anderer Parteigenossen auch sofort wieder Arbeit fand. Leider aber erkrankte Dehn an Blinddarmentzündung und starb nach kurzem Krankenlager an den Folgen dieser Entzündung. Die Witwe erhielt selbstverständlich vom Verbande die Sterbeunterstützung. Dehn war bis zu seinem Tode ein treues und tatkräftiges Mitglied seiner Organisation. Richtig ist nur, daß die Frau kurze Zeit nach dem Tode ihres Mannes erkrankte und bald darauf verstarb.

So steht es also mit dem von sozialdemokratischen Gewerkschaften zu Tode Gehegten. Um ehrliche Arbeiter und ihre Organisation zu verleumden und mit Schmutz zu bewerfen, wird das Blaue vom Himmel heruntergeschwunden in der Hoffnung, daß doch etwas bei den Indifferenten hängen bleibt.

Kaiser und Großindustrie.

Das Schlotzunkertum in deutschen Landen gefällt sich bekanntlich darin, in der „Post“ oder der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ dem Reichsoberhaupt die infamsten Niederträchtigkeiten zu sagen, wenn nicht ein profitabler Krieg vom Saune gebrochen oder sonst nicht nach seinem Willen gehandelt wird. Andererseits kommt es den Großindustriellen auch nicht auf eine gelegentliche Ehrung des Kaisers an. Eine solche soll geplant sein aus Anlaß des fünfundsingzigjährigen Regierungsjubiläums Wilhelms II., das am 15. Juni 1913 gefeiert

werden könnte. Wie dem „Deutschen Reichsarchiv“ geschrieben wird, wollen Interessengruppen, die unter der Firma der deutschen Industrie handeln, in einem „groß und vornehm angelegten Werke von reichem künstlerischer Ausstattung“ einen Überblick geben über die Entwicklung dieser Industrie unter der Regierung Wilhelms II. Es heißt weiter, daß dieses Jubiläumswerk seinem ganzen Inhalt nach von hoher kulturgeschichtlicher Bedeutung sein und an der Hand eines umfassenden Materials den großen Nutze feststellen wird, den Kaiser Wilhelm an der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens hat.

Ein solcher Anteil ist ja unter anderem zutage getreten in den Reden des Kaisers aus Anlaß des Bergarbeiterausstandes von 1889, in der Deynhauer Rede von 1898, die gegen „Streikreize“ das Zuchtstrafgesetz ankündigte und in den 1902 bei Krupps Tode gehaltenen Reden, nach der Sozialdemokraten den Arbeitern ihren „teuren Herrn“ geraubt hätten.

Da vor allem der Zentralverband deutscher Industrieller nicht umhin kann, bei allen möglichen und unmöglichen Adressen an den Monarchen und die Regierung die Vernichtung des Koalitionsrechts der Arbeiter zu fordern, so wird man gut tun, sich auch den Inhalt der Jubiläumswidmung im gewohnten Sinne vorzustellen.

Aber bis zu dem Festtage hat man noch fast zwei Jahre zu warten, und da diese ganze Zeit nicht gut mit Betrachtungen über das Verhältnis des Monarchen zur Industrie ausgefüllt werden kann, gefällt sich die Presse der Schlotbarone vorläufig in der Verbreitung etwelcher zielbewusster Schauererzählungen. Eines der großindustriellen Blätter, die „Berliner Neuesten Nachrichten“, kolportiert die angeblich aus Lugemburg eingetroffene Nachricht, daß bei Gelegenheit der Autofahrt des Kaisers durch die Eifel und speziell beim Besuch in Prüm die Grenzbrücke zwischen Raddershausen und Dasbach während der ganzen Nacht von Polizeibeamten scharf bewacht wurde, welche den Auftrag hatten, alle verdächtigen Erscheinungen anzuständiger Stelle zu melden.

Es hieß, so wird weiter berichtet, daß ein Automobil mit Anarchisten von Aachen nach Brüssel abgefahren sei, und seine Rückkehr über die luxemburgische Grenze zu besüchten siehe.

Danach haben also die Anarchisten genau das Gegenteil dessen getan, was man zwar nicht in sozialistischen, wohl aber in staatserkaltenden Kreisen bei ihnen voraussetzt. Sie attentäterten nicht, sondern stoben im Automobil eilig über die Grenze, als sie etwas von der Ankunft des Kaisers vernahmen; und die während der ganzen Nacht scharf verhaltenden Schutzleute sollten, da die Störung ihrer Nachtruhe doch einen Sinn haben mußte, weiteren freiwilligen Expatriierungen (Landesverweisungen) etwelcher unheimlichen Personen am Ende Vorschub leisten.

In ihrer geistigen Armut ist der Scharfmacherpresse, wie man sieht, auch die dümmste Schauererzählung recht, wenn sie nur dem löblichen Zwecke der Verhehlung dient.

Der Krieg.

Jede neue Nachricht, die direkt oder auf Umwegen aus Tripolis kommt, läßt erkennen, wie schwierig die Lage der italienischen Truppen in Tripolis geworden ist. Auch aus den offiziellen italienischen Meldungen geht das deutlich hervor, obgleich die Verfasser dieser Meldungen natürlich ihr Möglichstes tun, um die Wahrheit zu verhallen. Eine amtliche Ziffer der Toten und Verwundeten auf italienischer Seite ist zwar heute bekanntgegeben worden, aber diese Verlustliste ist zunächst nur bis zum 26. Oktober geführt. Fest steht, daß die italienische Streitmacht einstweilen auf jeden Vorstoß ins Innere verzichtet hat und nur noch bemüht ist, die Stadt Tripolis gegen die immer stärker andrängen-

den Türken und Araber zu halten. Die Zahl der Gegner, denen die Italiener sich gegenübersehen, wächst offenbar mit jedem Tage, denn die Araber eilen in immer größeren Scharen aus dem Innern herbei, und es unterliegt keinem Zweifel, daß unablässig türkische Offiziere durch Ägypten nach Tripolis kommen und daß auf diesem Wege auch die Waffeninfuhr erfolgt. Es hilft den Italienern auch nichts, daß sie — nicht nur im Widerspruch zu allen Geboten der Humanität, sondern auch im klaren Widerspruch zum Völkerrecht — alle bewaffneten Eingeborenen als „Rebellen“ erschließen lassen, und dieses grausame Verfahren stetig nur noch die Wut der Bevölkerung. Die italienische Presse hat sich noch bis vor kurzem höchst entrüstet gegen jeden gegend, der ihren verführten Siegesjubel nicht teilen möchte, den nahen Kagenjammer prophezeite und in dem Tripoliszug ein gefährliches, sinn- und rechtswidriges Abenteuer sah. Vielleicht wird das italienische Volk bald erkennen, daß man ihm eine höchst bedenkliche Affäre aufgeschliffen und daß seine wahren Freunde nicht immer auf der Seite seiner Schmeichler zu suchen sind.

Der Oberkommandant des tripolitischen Operationskorps teilt die Verluste mit, welche die unter seinem Kommando stehenden Streitkräfte vom 23. bis einschließlich zum 26. Oktober in den Kämpfen vor Tripolis erlitten haben. Demnach sind 13 Offiziere und 369 Mann getötet, 16 Offiziere und 142 Mann verwundet worden. Der Kriegsminister behält sich vor, die Namen folgen zu lassen. Das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Toten und Verwundeten ist aus der Tatsache zu erklären, daß einige Abteilungen, darunter das 11. Bersaglieriregiment, aus allernächster Nähe angegriffen worden sind. Die Verluste in den verschiedenen Heeresabteilungen vor Tripolis sollen übrigens bereits ergänzt worden sein.

Aus der Partei.

Eine neue sozialdemokratische Kandidatur in Dortmund. Die schwere Erkrankung des Genossen Bömelburg hat unsere Dortmunder Genossen in die schwierige Lage gebracht, nochmals zur Kandidatenfrage Stellung nehmen zu müssen. Genosse Bömelburg war im Jahre 1910 von der Generalversammlung des Wahlkreises einstimmig aufgestellt worden. Da nun der Gesundheitszustand Bömelburgs eine Kandidatur zum Reichstage ganz ausgeschlossen erscheinen läßt, waren die Dortmunder Genossen gezwungen, nach einer Kraft Umchau zu halten, die als vollwertiger Ersatz gelten kann. Eine außerordentliche Konferenz der sämtlichen Vertrauensleute des Wahlkreises Dortmund, die Sonntag den 20. Oktober tagte, beschloß einstimmig, den Genossen Dr. August Erdmann-Köln als Kandidaten für den Reichstag aufzustellen; Genosse Erdmann hat die Kandidatur angenommen.

Die Reichstagskandidatur niedergelegt. Genosse Emil Faber, bisher Reichstagsabgeordneter für Frankfurt a. O.-Lebus, hat dem Zentralvorstand des Wahlvereins für den Kreis Frankfurt-Lebus mitgeteilt, daß er bei der bevorstehenden Reichstagswahl nicht wieder kandidieren werde. Die schwierige geschäftliche Situation in der Schuhwarenfabrikation, die Faber betreibt, zwingt ihn, seine Kräfte in größerem Maße, als er es als Abgeordneter konnte, seinem Geschäft zu widmen. Seine übrigen Posten und Ämter in der Arbeiterbewegung, insbesondere sein Stadtordnungsmandat, wird Genosse Faber weiter behalten.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung in den Berliner Getreidespeichern. Die Speicherearbeiter auf den Berliner Getreide- und Mehlspichern stehen in einer Lohnbewegung. Für die Jahre 1908 bis 1908 bestand ein Tarifabkommen, das der Transportarbeiter-Verband mit den Unternehmern abgeschlossen hatte. Als im Jahre 1908 die schlechte Geschäftslage einsetzte, benutzten die Unternehmer diese Gelegenheit, das Tarifabkommen zu kündigen. Trotzdem die Arbeiter seinerzeit keine erhöhten Forderungen stellten und auch gewillt waren, unter den Bedingungen des bisher bestandenen Vertrages zu arbeiten, willigten die Unternehmer dennoch nicht in eine Verlängerung des Tarifs. Auf einen Lohnkampf konnten sich die Arbeiter damals wegen der ungeheuren Arbeitslosigkeit nicht einlassen. Trotzdem die Unternehmer seinerzeit erklärten, den tariflichen Stundenlohn von 55 Pfg. weiter zu zahlen, ist dieses Versprechen nur von einzelnen Unternehmern gehalten worden. Die Mehrzahl der Arbeiter erhält zurzeit nur einen Stundenlohn von 50 Pfg. Auch die Akkordlöhne, die auf einigen Speichern noch bestehen, sind reduziert worden. Inzwischen haben die Unternehmer ihre Speicher mit modernen maschinellen Ausladevorrichtungen eingerichtet. Dadurch sparen sie Arbeitskräfte, wodurch die Zahl der Speicherearbeiter, die früher ungefähr 300 Mann betrug, auf ungefähr 160 Beschäftigte zurückgegangen ist. Diese maschinellen Einrichtungen dienen aber auch als Antreibesystem, weil die Maschinen das Herausheben der gefüllten Getreidesäcke aus den Rähnen, die gemeinhin 75—100 Kilo wiegen, in schnellerem Tempo bewerkstelligen, sodas die Arbeiter beim Wegtragen und Stapeln der Säcke auf den Speichern mit der intensivsten Anspannung ihrer Kräfte arbeiten müssen. Bei einer solchen Arbeitsleistung und bei den jetzigen Leuerungsverhältnissen ist ein Stundenlohn von 50 Pfg. viel zu gering. Vor 14 Tagen beschloßen die Arbeiter daher, mit Lohnforderungen an die Unternehmer heranzutreten. Der vorgelegte Tarif verlangt für Wäger resp. Vorarbeiter einen Wochenlohn von 40 Mk. und für Arbeiter 65 Pfg. Stundenlohn, sowie für Akkordarbeiter einen Grundlohn von 14 Pfg. für schweres und 16 Pfg. für leichtes Getreide pro Mann und 1000 Kilo, ferner eine Arbeitszeit von 9 Stunden. — Die Forderungen sind den Speicherearbeitern durch den Transportarbeiterverband zugestimmt worden; Unterhandlungen sind bereits im Gange. Eine Versammlung der Arbeiter beschloß, das Resultat der Verhandlungen zunächst abzuwarten.

Ein Krach in der Leipziger Barbierinnung. Die weißen Häupter der Leipziger Barbierinnung sind arg ins Gedränge gekommen. Sie fanden nämlich bei einem nicht geringen Teil der Innungsmeister kein Verständnis mehr für ihre bisher so erfolgreich betriebene Scharfmachererei, den fordernden Gehilfen keinen Fuß breit entgegenzukommen. Als die Leipziger Barbiergehilfen vor kurzem eine neue Bewegung zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen und namentlich zur Beseitigung des Kost- und Logisunwehens einleiteten, waren es 140 Meister, die die Beseitigung der Forderungen anerkannten und sie bewilligten. Darob nun Sturm in der Innung, deren Mehrheit die bewilligten Meister mit Strafen von 20 Mk. belegte. Diesen Sieb haben nun die Meister, die die Forderungen bewilligten, damit pariert, daß sie eine Freie Vereinigung der Leipzigmeister gründeten, um sich gegen das Vorgehen der Innung zu wehren.

niemals, wozu es auch ging, und plauderte ruhig weiter, wenn er auch von manchen Dingen nicht so viel verstand wie sie. Dann half er sich mit Scherzworten über die Verlegenheit hinweg, was sie schon mehrmals auf den Gedanken gebracht hatte, er könne sich über ihr Verhalten beklagen.

Aberdies besaß er etwas für sie Verblüffendes, das sie ihm gar nicht zugetraut hätte: er ließ sie hin und wieder Nebenarten über die Frauen fallen, als konnte er sie schon aus dem H. nicht etwa, daß dabei üble Worte fielen, denn er vergas nie, zu wem er sprach; aber wenn man beinahe achtzehn und viel herumgekommen ist, dann horcht man doch besonders auf und findet schon das Richtige heraus. Vorigen Winter, als sie hier war, zeigte er sich noch ziemlich schüchtern, und jetzt hatte er Damen gegenüber alles Unbehaltene abgetreißt und hielt schon, wenn sie in Gesellschaft waren, den Blick der verheirateten Frauen aus der jungen und schönen natürlich, die allein gefährlich sind, namentlich, wenn sie einen hübschen und feinen Jungen vor sich haben und ihm mit dem Köcher auf die Schultern schlagen.

„Gammer dieselben koketten Wesen.“ hatte er einmal zu ihr gesagt. „Können mir alle gestohlen bleiben.“ Und das gab ihr viel zu denken, denn früher imponierten sie ihm nicht mehr, weil er schon genug wußte. Und das imponierte ihr wieder, denn seine Sprach daraus schon der Mann zu ihr, der nach der Herrschaft über das Weib strebte. Sie war zwar selbst noch ein unbeschriebenes Blatt, aber ein Mann ohne Erfahrungen in der Liebe, das war nicht nach ihrem Geschmack. Jemandem mußte er das Können schon gelernt haben, es brachte zwar niemand zu wissen, auf welche Art. Es ärgerte sie zwar, daß er sie dadurch bukte, obendrein, da er noch so jung war, aber sie konnte nicht gegen ihn aufkommen. Wenn sie die Kluge in solchen Dingen wissen wollte, suchte er einfach mit den Achseln und sagte: „Geh mir doch damit, da; das hast du ja nur aus Büchern. Davon verheißt du doch nichts. Gott sei Dank.“

Bald kam sie dahinter, worauf das zurückzuführen sei. Anemarie hatte wieder etwas von einer „Braut“ fallen lassen, als Gämmer eines Abends allein ausgeflogen war. Und Gertrud, die es manchmal als eine kleine Erholung betrachtete, wenn sie bei Gertrud im Privatkonkurrenz sitzen durfte, kam neugierig darauf zu sprechen.

„Sie müßte manchmal eins auf den Mund bekommen.“ sagte Frau Frobel ausgerechnet. Der Stoll ging mit ihr herum, denn sie hatte bereits Ärger gehabt. Geschäftsführer Ahlemann war ihr mit der Mitteilung gekommen, daß heute Mittag bei Sänger Gämmerich eine junge Dame gewesen sei,

um sich anscheinend als die schönen Sachen im Musterzimmer anzusehen. Gämmerich habe flugs Flasche und Gläser aus seinem Kiste hervorgeholt, und beide hätten sich beim Portwein so ausgelassen benommen, als wäre da unten eine Bodoga. Bis im Kontor oben habe man das Lachen gehört.

Frau Frobel war zwar mit dem Hinweis auf eine Verwandte gekommen und hatte die Sache nicht für so schlimm erklärt, so daß sich Ahlemann stark verknüppelt zurückzog, aber ihre Erregung zitterte noch nach. Natürlich glaubte sie selbst nicht an die „Verwandte“, höchstens an eine Kunstverwandte, deren er gewiß jetzt noch mehr als vordem hatte. Seine Mittel erlaubten es ihm nun bon zu leben, wenn er sich nicht gerade in Sekt baden wollte. Wachte er auch außerhalb des Hauses tun, was er wollte, wenn er sich nur im Geschäft bemühte; und das schien ja einigermaßen der Fall zu sein. Aber sie wollte doch ein wachsameres Auge haben, damit solche Zustände nicht eintrifften.

„Ja, ja, wenn du dich zerteilen könntest, liebste Tante!“ sagte Gertrud. Und sie regte die Frage an, ob es nicht bald Zeit wäre, auf Gämmer einen Teil dieser Verantwortung abzuwälzen, denn er sei doch ein so kluger Mensch und jedenfalls auch besonnen und fleißig.

„Gewiß.“ erwiderte Frau Frobel, „aber das kann alles erst kommen, wenn er verheiratet ist; mit einer soliden Frau natürlich. Er gehört nun einmal zu den Menschen, die erst festhalten müssen.“

Gertrud fand etwas Wahres darin, denn alle Granies hatten früh geheiratet, weil man immer befürchtete, das Geschäft würde darunter leiden, wenn man die Söhne sich zu lange austoben ließe. Bei den Frobels sollte das ja anders gewesen sein; aber natürlich, wenn Gämmer schon eine „Braut“ hatte. . . . Sie dachte sich ihr Teil darüber. „Er lebt wohl schon ein bißchen viel?“ umschrieb sie ihre Gedanken darüber.

Frau Frobel überlegte nicht lange, denn wollte sie etwas erreichen, so mußte es geradeaus geschehen; zur Kupplerin war sie nicht geboren. In dieser Garantie steckte etwas, was ihr weisheitsgemäß war, wenn auch in einem gehörigen Abstand. Auf jeden Fall lag ein gut Stück Persönlichkeit in ihr, das sie über all die denkfaulen und verweiblichten Durchschnittsmädchen hinausragen ließ, was sich schon dadurch gezeigt hatte, daß sie sich die ganze Pensionstreßkraft wieder abgeschüttelt hatte. Zwar war sie stets in den Regeln guter Erziehung gegangen, aber sie hatte sich selbst ihre Gangart beigebracht, immer mit edlem Anstand.

(Fortsetzung folgt.)

Bestandteile einer Streikbrechergarde. In der Chamottefabrik C. A. Wolf stehen die Arbeiter seit 5 Wochen im Streik, weil sie für die best-einste Chamottefabrik in Gelnhausen Streikarbeit anfertigen sollten. Der Streik bei der Firma Wolf ist inzwischen erfolgreich beendet, die Firma Wolf wagt sich aber, die streikenden Arbeiter wieder einzustellen. Ihre Bemühungen, Arbeitswillige zu bekommen, waren erfolglos. Jetzt hat sie sich einen Transport berufsmäßiger Streikbrecher unter Führung eines gewissen Molinari aus Braubede kommen lassen. — Eines Abends kam Molinari zur Fabrik zurück. Ein Streikposten ging in der Dunkelheit etwas näher heran, um zu sehen, wer dort vor der Fabrik aufhält. Im selben Augenblick bekam der Streikposten von Molinari einen Schlag über die Schulter. Einige andere Streikposten kamen in diesem Augenblick heran. Da wurde das Tor der Fabrik aufgerissen und die ganze Streikbrechergarde stand schlagbereit da. Unter diesen Umständen versuchten die Streikposten zu entfliehen, wurden aber von hinten niedergeschlagen und furchtbar zugerichtet. Es gewinnt den Anschein, als ob hier eine gewisse Verabredung vorlag, denn im gleichen Moment, als Molinari den ersten Schlag führte, wurde das Tor aufgerissen und die ganze Streikbrechergesellschaft war anwesend. Anzeige ist erstattet. Hoffentlich wird die Staatsanwaltschaft gegen die Verbrecher vorgehen.

Die Lohnbewegung der Marmorarbeiter in Köln ist mit Erfolg beendet. Die Arbeitszeit wurde um 1/2 Stunde täglich verlängert. Sie beträgt 9 1/2 Stunden. Der Minimalstundenlohn beträgt für Marmorhauer 65 und 68 Pfg., für Marmorkleber 60 Pfg. Für die Berechnung der Aufwände wurde ein sozialisierter umfangreicher Kalkül vereinbart. Die Tarifdauer beträgt 2 Jahre. Im kommenden Jahre erfolgt ein Zuschlag von 5 Proz. An dem Tarifabschluß sind 130 Personen beteiligt.

Kampfbereitschaft der Tabakarbeiterverbände. Der Tabakarbeiterverband und der Verband der Zigarrenforterer haben beschlossen, daß zur Unterstützung der im Kampfe stehenden Tabakarbeiter und -arbeiterinnen alle männlichen Mitglieder 13 Extrabeiträge von wöchentlich mindestens 50 Pfg., alle weiblichen Mitglieder und Lehrlinge von mindestens 25 Pfg. wöchentlich zu zahlen haben. Wer in der Lage ist, größere Leistungen zu tragen, dem wird das anheimgestellt. Ferner haben die Verbände und Ausschüsse genannter Verbände beschlossen, daß alle angestellten Mitglieder des Tabakarbeiterverbandes und des Verbandes der Zigarrenforterer und Kistenleber, auch wenn sie außerhalb der genannten Verbände angestellt sind, wöchentlich und zwar 13 Wochen lang, beginnend am 28. Oktober, folgende Extrabeiträge zu leisten haben: Bei einem Gehalt bis jährlich 1500 Mk. 2 Mk., bei einem Gehalt von 1500 Mk. bis 2000 Mk. 3 Mk., bei 2000 Mk. bis 2500 Mk. 4 Mk. und 2500 Mk. und darüber 5 Mk.

Soziales.

Versicherungsgesetz für Angestellte. (Sitzung der Kommission vom Sonnabend, den 28. Oktober 1911.) Versicherungsfrei sollen auch die Beamten sein, die noch nicht fest angestellt sind, demgemäß entlassen werden können und ihre Ansprüche auf die ihnen als Beamten zustehenden Pensionen verlieren. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Bestimmung gestrichen wird. Sie wurde jedoch gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei angenommen. Dagegen wurde in den Entwurf eingefügt, daß „Ärzte und Tierärzte in ihrer beruflichen Tätigkeit versicherungsfrei“ sind. Nach dem Entwurf sollte ein Versicherten nicht berechtigt sein, sich auf seine Kosten in einer höheren Gehaltsklasse zu versichern, als seinem Gehalt entspricht. Die Sozialdemokraten beantragten: „Der Versicherte kann bis zum vollendeten 40. Lebensjahre in eine höhere Gehaltsklasse übertreten, als der Höhe seines Jahresarbeitsverdienstes entspricht.“ — Dies wurde mit der Änderung angenommen, daß die höhere Versicherung dem Versicherten nur bis zum 25. Lebensjahre gestattet ist. Ferner beantragten die Sozialdemokraten: Ein Versicherter, der in eine versicherungspflichtige Beschäftigung mit geringerem Entgelt, als seiner bisherigen Gehaltsklasse entspricht, eintritt, kann in seiner bisherigen Gehaltsklasse bleiben. — Der Antrag wurde mit dem Zusatz angenommen, daß dies nur dann ansetzt, falls der Versicherte mindestens 60 Monatsbeiträge für die höhere Gehaltsklasse geleistet hat. Unverändert wurde der letzte Absatz des sozialdemokratischen Antrages angenommen, daß der Arbeitgeber nur dann zum höheren Beiträge verpflichtet ist, wenn dies vereinbart worden ist. Nach dem Tode der verstorbenen Ehefrau eines erwerbsunfähigen Eheannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend aus ihrem Arbeitsverdienst bestritten hat, steht den ehelichen Kindern unter 18 Jahren Waisenrente und dem Manne Witwenrente zu, solange sie bedürftig sind. — Die Sozialdemokraten beantragten: daß die Beschränkung dieser Leistung auf die Zeit der Bedürftigkeit gestrichen wird. Die Beschränkung wurde aber gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Fortschrittlichen Volkspartei angenommen. Das Ruhegeld soll nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten ein Viertel der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und ein Achtel der übrigen Beiträge betragen. — Die Sozialdemokraten beantragten: „Das Ruhegeld besteht aus einem Grundbetrag und aus Steigerungszulagen. Der Grundbetrag wird stets nach 120 Beitragsmonaten berechnet. Sind weniger nachgewiesen, so gilt für die fehlenden die Gehaltsklasse A, sind es mehr, so scheiden die überzähligen Beiträge der niedrigsten Gehaltsklassen aus.“ Für jeden Beitragsmonat werden angelegt: in der Gehaltsklasse A 30 Pfg., B 50 Pfg., C 80 Pfg., D 1,10 Mk., E 1,60 Mk., F 2,20 Mk., G 2,80 Mk., H 3,40 Mk., I 4,40 Mk. Der Steigerungszulage beträgt für jeden Beitragsmonat: in der Gehaltsklasse A 10 Pfg., B 30 Pfg., C 40 Pfg., D 60 Pfg., E 80 Pfg., F 1,10 Mk., G 1,40 Mk., H 1,70 Mk., I 2,20 Mk. Die Sozialdemokraten wiesen nach, daß nach ihrem Antrage das Ruhegeld in vielen Fällen höher und stets gerechter bemessen wäre, als es nach dem Vorschlage der Regierung der Fall sein würde. Das Zentrum brachte folgende Resolution ein: „Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ermahnen: 1. In spätestens nach Aufstellung der ersten Bilanz (S 178) dem Reichstage eine Denkschrift über die Geschäftsergebnisse und die Finanzlage vorzulegen; 2. dann, soweit es ohne Erhöhung der Beiträge möglich erscheint, in erster Linie die Gewährung von Kinder- und Zuschlagrenten nach Vorbild der Reichsversicherungsordnung in die Wege zu leiten.“ Die bürgerlichen Parteien lehnten den Antrag der Sozialdemokraten ab. Darauf wurde die Resolution einstimmig angenommen. Die Witwen- und Witwenrente beträgt 2/3 des Ruhegeldes, das der Ernährer zur Zeit seines Todes bezog oder bei Berufsunfähigkeit bezogen hätte. Die Sozialdemokraten beantragten die Erhöhung der Rente auf drei Fünftel des Ruhegeldes. — Der Antrag wurde von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Abgelehnt wurde von allen Parteien die Bestimmung des Entwurfs, daß der Versicherte die Hälfte der für ihn geleisteten Beiträge beanspruchen kann, wenn er nach Ablauf der Bezugszeit von 60 Beitragsmonaten aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung ausscheidet und ein eigenes Geschäft begründet.

Ebenfalls abgelehnt wurde die Bestimmung, daß die Witwenrente neben dem Bezuge von Gehalt oder Lohn oder Einkommen aus sonstiger gewinnbringender Beschäftigung ruht, soweit Witwenrente und Jahresarbeitsverdienst der Witwe zusammen den Jahresverdienst des verstorbenen Eheannes übersteigen.

Kommunale Maßnahmen gegen die Teuerung. Die Stadtverordnetenversammlung zu Erfurt genehmigte am Freitagabend eine Vorlage des Magistrats, 50 000 Mk. zum Ankauf von Kartoffeln zur Verfügung zu stellen. — Ferner werden auf Beschluß des Magistrats und der Stadtverordneten an alle in städtischen Diensten stehenden Personen, die unter 1800 Mk. Dienstlohn haben, Teuerungszulagen gewährt: monatlich 5 Mk. für verheiratete und 3 Mk. für unverheiratete Angestellte. Die Zulage wird auf die Dauer von fünf Monaten gezahlt.

Aus Nah und Fern.

Mysteriös. Gestern nachmittag gegen 2 Uhr fanden spielende Kinder auf einem unbebauten Grundstück in der Triftstraße in Berlin den 14jährigen Arbeitsburschen Willy Hensel, der in der Triftstraße bei seinen Eltern wohnte, etwa einen Meter tief eingegraben. Es ist zweifelhaft, ob ein Unglücksfall oder ein Verbrechen vorliegt. Im Zusammenhang mit dem Auffinden der Leiche wurde die Mutter des Knaben festgenommen.

Das Reich ist gerettet. Der Reichskanzler gibt im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 28. Oktober bekannt, daß die Verbreitung der in Wien erscheinenden periodischen Druckschrift „Wiener kleines Witzblatt“ auf die Dauer von zwei Jahren in Deutschland verboten ist. Gegen die Zeitschrift erfolgte in Deutschland binnen Jahresfrist mehr als zweimal Verurteilungen.

Mord. Die 21jährige Prostituierte Ungarmann wurde in einem Zimmer eines öffentlichen Hauses in Tetschen durch Messerhiebe ermordet aufgefunden. Verdächtig ist ein achtzehnjähriger Bursche in Schifferkleidung und mit reichsdeutschem Dialekt.

Brandstiftung in einem Gefängnis. Um wieder ins Zuchthaus zurückzukommen, legte im Gefängnis zu Bogatzberg der frühere Häusler Fickert aus Tiefenbrunn Feuer an. Mit Mühe konnten die in dem brennenden Kiloel internierten 36 bettlägerigen Gefangenen gerettet und der Brand gelöscht werden. Als der Gefängnisinspektor den Brandherd in seinem Versteck entdeckte und festnehmen wollte, wurde er von diesem durch mehrere Messerhiebe verwundet, sodaß er Hilfe herbeiholen mußte. Als dann Wache und Polizei kamen, fand man Fickert, der schon 22 Jahre im Zuchthaus gefesselt hatte, erhängt vor.

Klage gegen den Justizfiskus. Aus Essen wird dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ gemeldet, daß die Klage um Entschädigung für die erlittene Haft im Weineidsprozeß Schröder, der bekanntlich nachträglich zu einer Freisprechung der Angeklagten führte, zu einer Klage gegen den Justizfiskus Veranlassung geben wird. Der Justizminister hatte dem früheren Zeitungverleger Johann Meyer aus Eisenach, der eine Zuchthausstrafe von drei Jahren sechs Monaten verbüßt hatte, als Ersatz für den Vermögensschaden, der durch die Strafverurteilung entstanden war, einen Betrag von 7200 Mark zugeworfen. Außerdem hatte Meyer behauptet, die bei ihm eingetretene völlige Erwerbsunfähigkeit sei auf die Strafverbüßung zurückzuführen. Er erhob deshalb Erstattungsansprüche in Höhe von 50 000 Mark. Heute erging vom Justizminister der Bescheid, daß dieser Antrag als unbegründet abgewiesen ist, weil nach dem Ergebnis der Ermittlungen nicht anzunehmen sei, daß die Erwerbsunfähigkeit eine Folge der Untersuchungshaft oder Straftat sei. Meyer wird nunmehr Klage gegen den Fiskus einlegen.

Die antijüdische Rachtzeit. Aus Aachen wird berichtet Prof. Lederer, der Schöpfer des hier jüngst enthüllten Denkmals Kaiser Friedrichs III., wollte der Stadt Aachen noch seine besondere Sympathie beweisen und schenkte ihr deshalb eine Bronzefigur für einen auf dem Fischmarkt stehenden Laubrunnen, die mit Bezug auf ihren Standort ein Büchlein darstellt, das zwei wasserspeiende Fische an sich drückt. Als sich die frommen Aachener das Geschenk näher besahen, mußten sie die schreckliche Wahrnehmung machen, daß das Knäbchen so dastand, wie es Professor Lederer nach der Natur geschaffen, also nicht einmal ein Wadchöckchen anhatte! Darob Entsetzen bei den Sittlichkeitsfanatikern, deren einige im Interesse der Moral nächstlicher Weise die Figur von ihrem Postament herabzuschleudern veruchten. Diese edle moralische Tat glückte nun freilich nicht, doch hat man bereits durchgesetzt, daß Schulkinder nicht an dem Brunnen stehen bleiben dürfen (!) und eine Bewegung ist im Gange, die städtische Verwaltung zur Entfernung des „antijüdischen Fischknäbchens“ zu veranlassen. Heiliges Aachen!

Bonner Korpsstudenten. Das gemeingefährliche Treiben eines Teiles der Bonner Studentenchaft hat den Rektor der Universität zu einem Anschlag am schwarzen Brett veranlaßt, der folgende sanfte Mahnung enthält: „Auf Veranlassung mehrfacher Beschwerden der Eisenbahnerverwaltung — zuletzt wiederum vom 16. d. M. — erlaube ich die Studierenden angelegentlich, sich jeder Störung der Ruhe und Ordnung innerhalb der Bahnhöfe zu enthalten. Zur Wahrung der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes müssen derartige Ausschreitungen streng geahndet werden und hat noch im vergangenen Jahre der Senat der Universität wegen einer solchen einen Studenten von der Universität, die übrigen Beteiligten mit Androhung der Entfernung bestraft.“ — Ob durch den Anschlag die „Goldene Jugend“ sich bewegen läßt, in Zukunft die Sicherheit des Eisenbahnbetriebes nicht mehr zu gefährden, erscheint sehr zweifelhaft. Es brauchen gegen derartige Rixel nur die Strafen in Anwendung gebracht werden, die oftmals gegen streikende Arbeiter verhängt werden, wenn sie es wagen, einen Pinke-Gardisten schein anzusehen. Dann würde zwar mancher der jungen Herren es nicht zum Staatsanwalt oder Richter bringen, das wäre jedoch für die Gesellschaft wirklich kein Schaden.

Staatsgefährliche Elemente ausgeschlossen. Eine mit dem Hause Thyssen eng verwandte reiche Frau hat der Stadt Wülheim a. d. Ruhr jährlich hunderttausend Mark für Wohlfahrtszwecke überwiesen, dabei aber ausdrücklich bestimmt, daß „staatsgefährliche Elemente“, Ultramontane und Sozialdemokraten, von jeder Unterstützung ausgeschlossen sind. Die katholische Volksseele ist dadurch ins Kochen geraten, man veranstaltete eine Protestversammlung, in der die Stadtverwaltung heftig angegriffen wurde, weil sie eine Zuwendung angenommen hat, die mit derartigen Bedingungen verknüpft war. Gleichzeitig protestierten die Ultramontanen, weil sie nichts kriegen sollen, dagegen, daß sie als staatsgefährlich bezeichnet worden sind. — Vermutlich ist anzunehmen, daß nunmehr einige Ultramontane sich zum Liberalismus bekehren werden, um auch ihren Teil von der Zuwendung zu bekommen.

Eine mysteriöse Defraudation. Ein junger Bankbeamter Adam Thomas aus Gelnhausen bei Frankfurt erhielt am Sonnabend vormittag von seiner Firma

60000 Mark Kaskore zur Abfertigung an einen Privatklub. Er verkaufte die Effekten in zwei hiesigen Wechselstuben und erhielt sich gegen 9 Uhr nachmittags beim Sachsenhäuser Friedhofe. In der Tasche des Toten fand man nur wenige Reichsmünzen. Über den Verbleib des Geldes sowie über die Motive des merkwürdigen Selbstmordes ist nichts Näheres bekannt.

Schrecklicher Tod. Das Kind des Gastwirts Whittyp Sauer in Würzburg stürzte in einen mit kochendem Wasser gefüllten Wurstkessel und erlag nach kurzer Zeit den furchtbaren Brandwunden.

Im Gefängnis empfanden sich in Wien mehrere zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilte und befreiten insgesamt 105 Gefangene, die mit Revolvern auf die Wachen schossen. Zwei Gefangene wurden getötet, fünf Gefangene und Gehilfe des Wächters wurden verwundet.

Erdgasbrand in Ungarn. Aus Marosvásárhely wird gemeldet: Sonnabend, spät nachts, waren die Reisenden auf der Bahnlinie Marosvásárhely-Köcsard Zeugen eines furchtbaren Naturereignisses. Weit in der Gemarkung der Ortschaft Kissarmas bildete die ganze Gegend ein Feuermeer. Später erfuhr man, daß sich in den Kissarmas Erdgasgruben eine Katastrophe ereignet habe. Infolge Abschließung baute sich das Erdgas durch viele Öffnungen einen neuen Weg, wo das Gas brennend hervorströmte. In beiläufig 80 Hektar Gebiet sind etwa dreißig mächtige Feuerfäden bemerkbar. Der in der Nähe befindliche Bahndamm stürzte in 300 Meter Länge ein; Schienen und Schwellen sind vernichtet. Sonnabend, 1 Uhr nachts, kühlte man in den in der Nähe befindlichen Ortschaften eine Erdschütterung verbunden mit heftigem Rollen. Bald darauf waren Feuerfäden sichtbar. Die Bevölkerung eilte zum Brandorte, der aber unnahbar ist. Als ein Wächter und seine Frau durch die Erdschütterung aufmachten, wollten sie die Lampe anzünden. Das in die Wohnung gedrungene Gas explodierte, und beide wurden getötet. Das Gas brennt noch fort; an seiner Eindämmung wird gearbeitet.

Eisenbahn-Katastrophe. Infolge falscher Weichenstellung fuhr auf der Union Pacific-Bahn ein Expresszug auf einen leeren Frachtzug auf. Die Wirkung des Zusammenstoßes war furchtbar. Die beiden Züge sind vollständig ineinander gefahren. Zwanzig Personen wurden getötet und dreißig verwundet.

Ein Attentat. Bei der Abreise von Soldaten nach Tripolis schoß in Bologna ein Anarchist auf den Oberstleutnant Stroppe und verwundete ihn schwer.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater sang gestern abend Frau Kruse-Liborius erstmalig die Leonore in Beethovens Oper „Fidelio“. Die Künstlerin war mit erstem Streben an die Lösung dieser schönen aber schweren Aufgabe herangekommen. Sie verstand es, ihrem Gesang warme Empfindung beizumischen und für Freude und Schmerz der Heterin des Gatten den richtigen Ausdruck zu finden. Frau Kruses Stimme klang namentlich in den mittleren und höheren Lagen voll und wohlklingend. Alles in allem: eine sehr beachtliche, talentvolle Darbietung. Die Besetzung der übrigen Partien ist von der ersten Aufführung her bestens bekannt.

Stadthallen-Theater. Die Welt ohne Männer, Schwank in 3 Akten von H. Engel und F. Horst. Das Damentrio Guste Brandl, Christine Höllmayer und Paula Fehringler haufen auf einer Bude unter dem besonderen Schutze der männerhassenden Guste Brandl, die versucht, diesen Haß auch ihren beiden Schützlingen einzupflanzen. Schließlich erliegen aber doch alle drei der alles bezwingenden Liebe und müssen somit einsehen, daß es nun einmal nicht ganz ohne Männer geht auf dieser Welt. Der überaus lustige Schwank fand unter der Leitung des Herrn Schweisguth eine flotte Wiedergabe. Ausgezeichnet war die Guste Brandl durch Frau Henderer vertreten, die lebenswürdige Partnerinnen in Fräulein Kabisch als Christine Höllmayer und Fräulein Römmer als Paula Fehringler fand. Der Doktor Max Waldes, der Heringer der tragbühnigen Guste Brandl befand sich bei Rudolf Schürer in guten Händen. Einen prachtvollen, trockenen Aktenwurf stellte Herr Henderer als Kanalarbeiter Gampert auf die Bühne. Dieser, als Gegenstück zu dem Damentrio, haßt die Weiber von Grund seiner Seele, doch wird er schließlich von Christine Höllmayer bekehrt. Die weiteren Rollen fanden in den Damen Gerlach und Pauly als Darsteller eines Rückenmärkers tüchtige Vertreter. Reicher, wohlverdienter Beifall lohnte denn auch die Künstler für die gebotenen Leistungen.

Standesamtliche Nachrichten

vom 22. bis 28. Oktober 1911.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
17. Oktober. Arbeiter H. L. W. Daase. 18. Bureauhilfs W. J. H. J. Varkentin. Schlachter G. F. R. Werner. 19. Kaufmann G. L. E. Kunde. Barfassenführer J. F. W. Schoomann. 20. Arbeiter G. F. D. Hinzmann. 21. Arbeiter H. J. Bitt. Schuhmacher L. H. A. Saud. Zollaufseher J. D. Dünnebell. Zollaufseher R. D. Reuther. 22. Segelmacher J. H. W. Lund. 23. Gärtner A. G. F. Schme. Maurer J. D. H. Volkow. Arbeiter C. F. Person. Zimmermann A. W. H. Järs (Krempelsdorf). Geprüfter Foto-motiotheater J. A. L. Schleg. Schiffskoch F. G. J. Hennings. Privatier R. E. E. Walter. 23. Seemaschinist J. A. Pultke. Schlosser J. Th. S. Gagers. 25. Oberarzt im Infanterie-Regiment Lübeck C. Witt. Versicherungsbeamter G. F. Ehr. Schmidt. Lehrer W. G. H. Westphal. Schlosser J. A. Schulze. 26. Hauptlehrer J. Th. M. R. A. Müller. Kaufmann B. W. J. Schöb. 28. Arbeiter G. W. J. Schnoor.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

16. Oktober. Arbeiter J. Chr. F. Kempke. 18. Kaufmann F. W. J. Vogt. Arbeiter G. F. Johswick. Ingenieur G. F. Dahms. 21. Landschaftsgärtner G. A. W. Klobt. Kellner G. H. J. Füllig. Arbeiter J. H. F. Barthel. Bahnarbeiter G. H. D. Fraß. 22. Kaufmann R. G. M. G. L. Schep. 23. Straßenbahnkassierer J. F. H. J. Stadel. Handlungsgehilfe A. C. G. Fischer. 24. Seemaschinist J. A. Pultke. Gasfittergehilfe W. F. J. G. D. Gronow. Eisen-dreher A. F. W. Strothmann. 25. Arbeiter W. J. F. Kadel (Borwert). 26. Metzger B. W. D. Gale.

Angedruckte Aufgebote.

28. Oktober. Bader F. G. C. Burmeister und G. J. W. Biana. Arbeiter W. F. Block und A. A. S. Wendelborn. Kupfer Schmied J. G. C. Neefe und Witwe R. M. G. Dohr geb. Schlatow. Kaufmann R. J. R. M. Dreyer im Schwert und F. J. D. Scheel. Restaurateur R. G. W. Koch und G. M. W. Wendt, beide in Jerslohn. 24. Ad-ministrator R. G. Baron von der Osten-Sacken in Jerslohn und A. J. C. L. Jabs in Schönberg. Kaufmann G. W. C. Richter und G. L. Schep in Landsberg. Arbeiter G. F. R. Ruge und M. R. Landahl. Zimmermann W. G. A. Müller und Witwe M. R. K. England geb. Westphal. 25. Schiff-

anstreicher A. W. G. Peters und R. M. G. Koop. Zimmermann F. Riemer in Siems und A. D. Langfeldt, 28. Schmied H. W. F. Schwarz und die geschiedene A. L. K. Müller geb. Latendorf, Arbeiter H. C. F. Hoffmann und C. K. W. Beth, Arbeiter M. W. F. Fey und M. F. W. S. Dühring, Schiffszimmermann P. J. H. Meinh und G. B. K. G. Zeidler in Israelsdorf, 27. Kaufmann J. L. F. Wadengoth und M. G. A. Müller in Lauenburg, Schuhmann F. Kolinski in Hamburg und R. A. K. F. C. Dorendorf, Gärtner A. Benz und W. Ammer, Arbeiter W. F. Maas und C. L. K. Kestler, 28. Schmied R. F. W. Lecken und G. A. M. Schimkow, Tischlermeister L. C. W. Groll und D. J. M. S. D. G. Schreiber in Wittenburg.

Geschließungen.

28. Oktober. Praktik. Arzt Dr. Marum gen. M. M. Usher in Nordrach und B. Alder. 24. Geschäftsführer W. F. R. P. L. Beerbaum in Gutin und G. B. M. Bloen, Meister G. H. K. D. Robrah und S. G. W. Peters, Postbote W. F. K. C. Blagemann in Damburg und D. C. A. Kisch, Friseur L. Schmidt in Wandsbek und M. L. D. Ehlers, Geschäftsreisender R. H. Loge und W. M. Dittlieb, 25. Kaiserl. Marine-Intendantur-Sekretär W. Thurmman in Wilhelmshaven und M. L. G. Hempel, Lehrer F. H. M. Johnson und D. A. L. Wellbrock, 27. Schmiedemeister H. J. F. Otte und D. S. K. Meier, Handlungsgehilfe R. F. F. Kassehl und J. A. M. Unger, Verkäufer A. W. O. Baarmann und R. L. A. M. Weithal, beide in Cetrbus, Schiffsoffizier B. Klapper und B. E. D. Dick, Feldner F. C. K. Wittenberg und

C. F. K. Hoppe, Postkassener J. H. P. G. Kengow und D. F. Stehn in Hafftrau, Straßenbahnschaffner W. K. F. Wiese und F. D. G. Wulf, Uhrmacher W. G. Keele und M. W. B. Schmäler, Viehhändler G. Horwik in Wilsen a. d. Luhe und Witwe R. Rosenblum geb. Horwik in Oldenburg i. Holst., 28. Diplom-Ingenieur B. K. Weidlich in Nordhauken und G. J. Braesch, Handlungsgehilfe R. J. Sorenburg in Breslau und A. S. C. Behrens, Lagerarbeiter R. H. Heinsohn und H. C. D. Eulers, Bäcker G. J. Warnd in Oldesloe und B. Sommer, Bureaugehilfe F. H. W. C. Burmeister und M. A. K. Neucendorf, Witzfeldweber D. A. C. Fick und A. W. G. M. Guhl, Maurer F. A. A. Glau und C. B. S. G. Grevezmühl, Maler W. F. K. Puls und A. K. S. Stau, Arbeiter F. H. F. Kröger in Israelsdorf und A. M. Adam, Schmied G. F. M. Schlapmann und R. W. A. Dühring in Rorwert, Marine-Ingenieur F. R. F. Westphal in Kiel und A. C. Roth, Arbeiter D. W. K. Burmeister und G. S. J. Doege, Arbeiter H. H. Schacht und R. L. M. Sterten, Straßenbahnschaffner W. K. H. Schwank in Hamburg und A. J. M. K. Groth, Flechdrucker R. H. Lindhorst in Stodfeldsdorf und D. A. C. Bentin, Arbeiter W. G. K. Glor und M. W. M. Lemcke.

Sterbefälle.

Oktober, 21. G. D. geb. Goldenstedt, Witwe des Tischlermeisters Chr. L. A. Warnke, 88 J., G. W. O. Zinzom, 7 J., F. M. Chr. Goebel, 88 J., 22. L. Bentzen, 1 M., D. G. Utermark, 1 J., W. R. A. Gorte, 3 M., G. H. W. Behrens, 8 M., C. G. F. Lübbers, 4 M., F. D. M. geb.

Steffens, Witwe des Maurermeisters H. G. Chr. Dose, 65 J., 23. M. G. geb. Bott, Ehefrau des Viehhändlers H. H. R. Hoffmann, 52 J., D. F. J. Sautt, 1 J., Oberstabsarzt a. D. Dr. med. B. Brahl, 68 J., M. M. G. geb. Oldenburg, verwitwete Wiese, Ehefrau des Arbeiter D. H. G. Mundt, 60 J., M. M. F. K. Schmehl, 3 J., C. M. G. geb. Schraep, Witwe des Bodenarbeiters H. F. F. Boll, 82 J., A. C. geb. Müllers, Witwe des Arbeiters G. F. F. Grammerstorff, 78 J., 24. Rechnungsführer am Allgemeinen Krankenhaus F. H. F. Lüth, 52 J., Ein totgeborener Knabe, W.: Bauarbeiter D. H. H. Lender, F. W. K. Berderow, 5 M., Liebe geb. Piesl, Ehefrau des Handelsmannes F. Zulczynsky, 72 J., F. M. D. geb. Bramstedt, Witwe des Arbeiters M. H. Tuwe, 72 J., 25. M. D. geb. Soenia, Witwe des Kreis-Gerichts-Bureau-Assistenten H. Popelius, 55 J., M. C. H. geb. Eiserbeck, Witwe des Aufsehers am Werk und Zuchtthaus zu St. Annen H. W. Fick, 65 J., H. D. Steinbeck, 2 J., Arbeiter J. F. H. Martens, 54 J., (Hansfelde), 26. M. S. A. Langbehn, 12 J., Maurer M. C. A. Laß, 18 J., G. E. M. Eichmann, 2 M., 27. G. A. M. Müll, 1 J., H. W. D. geb. Ternite, Witwe des Formers H. J. Chr. Portmann, 75 J., Arbeiter J. F. Stegemann, 78 J., M. Kulte, 3 J., Dachdecker R. F. D. Küllkel, 35 J., 28. Ein totgeborener Knabe, Vater: Hausdiener F. H. D. Wittenburg, Kaufmann R. A. Gosh, 33 J., H. Kulte, 4 J.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schmarck. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

*Unsere sollen
Kraftvollsten Wirkstoffe
sein.*

Das Original macht's!

**Der neue
Weltkalender**

für 1912 ist erschienen.

Preis 40 Pig.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Für erwiesene Teilnahme anlässlich ihrer silbernen Hochzeit danken herzlich

J. Oberfeldt und Frau.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke anlässlich unserer Hochzeit sagen herzlichsten Dank

**Ernst Rocksien und Frau,
Schlump. geb. Staab.**

Für die vielen Gratulationen u. Geschenke zu unserer Hochzeit danken herzlich Ernst Schlapmann u. Frau.
Lübeck, den 28. Oktober 1911.

**Sozialdemokratisch. Verein
für Seebez. u. Umgegend.**

Nachruf.

Am Sonntag nachmittag starb unsere Genossin

Emma Cordts

im Alter von 30 Jahren.

Ehre ihrer Au denken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 1. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Katenau statt.

Die Teilnehmer wollen sich um 2 1/2 Uhr im Sterbehause, am Kreuzweg, versammeln.

Der Vorstand.



Montag mittag entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit, unsere liebe Mutter, Schwieger- u. Großmutter

Christine Höper Ww.
geb. Howoldt

im 64. Lebensjahre.
Aufs tiefste betrauert von ihren Kindern u. allen die ihr nahe standen.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, dem 2. November, nachm. 1 1/2 Uhr, vom Kranerhaus, Lohfrage aus statt.

Dankagung.

Für die uns in so reichem Maße erwiesene Teilnahme und reichen Kranzspenden beim Heimgange unseres lieben entschlafenen Sohnes **Richard**, wozu er uns unsern herzlichsten Dank an

Familie Laß.

Statt besonderer Anzeige.

Montag morgen entschlief sanft nach langem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Marie Mengel geb. Nagel

im 68. Lebensjahre.

In tiefer Trauer

**Andreas Mengel,
Wilhelm Mengel u. Frau
Dora geb. Kohlhaus,**

Sarburg,
**Ferd. Hansen und Frau
Luise geb. Mengel.**

Lübeck, den 21. Okt. 1911.

Watenigmauer 164/4.
Die Trauerfeier findet am Donnerstag, d. 2. November, mittags 12 1/4 Uhr, in der Kapelle Burgtor statt.

Ein harter Sportwagen

billig zu verkaufen.

Moisklinger Allee 129a.

Eine hochf., wenig gebt. Blausgarnitur, beste Gelegenb. f. Brautl., billig zu verk. Dankwartstraße 30.

Gutes Haus in der Augustenstr., 3 Wohn-, sowie Vor- u. Hintergart., u. günst. Beding. baldmögl. z. verk. Ang. u. N P an die Exped. d. Bl.

Von der Reise zurück.

Dr. Winkelmann.

Suche Beschäftigung zum Ausbessern von Wäsche und Kleider.
Frau Schmiede, Renjesfeld, Lindenstr. 20.

Damenhüte

werden schön und billig garniert u. aufgearbeitet.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der
Druckerei d. Lüb. Volksbote.
Johannisstraße 46.

Visitkarten

liefert

Die Buchdruckerei des
Lübecker Volksboten :

**Viel Geld sparen Sie
wenn Sie Ihren Bedarf an
Bettfedern und Daunen**

dort decken, wo man Ihnen Vorteile ohne Konkurrenz bietet.
Ich empfehle vorzüglich gereinigte Ware per Pfund von 45 Pig. an bis 6 M.

Weise darauf hin, daß alle Sorten im Preise über 2 M. unter Garantie frei von Hühnerfedern sind.
Nur dieser Umstand bürgt für Füllkraft und Haltbarkeit und verhindert ein Ineinanderfallen der Betten

M. Otto

27 Blücherstraße 27.
Dampfreinigung von Betten und Bettfedern. — Anricht ohne Zwang. — Füllen im Beisein.

Fahrräder, Mäntel, Schlänche, sämtliche Zubehörteile, Reparaturen, alles billig.

A. Schultz, Watenigmauer 5.

Abreisenden aufbewahrt u. nachgeschickt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer etc. im Lagerhaus und Expeditionsgeschäft **Fischergr. 52.**

Weine, Spirituosen u. Liköre in jeder Preislage empfiehlt

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Hansa-Theater

Vom 1. November bis 15. November 1911.

Täglich 8 1/4 Uhr:

Deutsches Gastspiel-Ensemble

des Lyceum-Theaters, London

unter der persönlichen Leitung von **Gustav Gollbach** (früher Oberregisseur und Direktor im Neuen Kgl. Theater Kroll, Berlin) und **Reinhold Gollbach** (früher stellvertretender Direktor und Regisseur der Neuen Wiener Bühne, Wien).

Erste Woche:

Der Kampf um ein Grafenkind

oder: „Im wilden Westen“.

Dramatischer Roman aus zwei Welten in 4 Akten von **Walter Melville.**

- 1. Bild: Schloß Kerhill.
- 2. Bild: Salon d. Brandy.
- 3. Bild: Vor der Farm Jim's.
- 4. Bild: Der Liebestod der Indianerin.

Zweite Woche:

Das Teufelsweib

The worst woman in London.

Melodramatisches Sensations-Ausstattungsstück in 6 Aufzügen von **Walter Melville.** Musik von **Edward Reeves.**

- 1. Aufzug: Privatbureau in Milford's Villa.
- 2. Aufzug: Im Hyde-Park, London.
- 3. Aufzug: Im Hyde-Park, London.
- 4. Aufzug: Milford's Schlafzimmer.
- 5. Aufzug: Francis Veres Boudoir.
- 6. Aufzug: In der Dachkammer.

In England, Amerika, Süd-Afrika, Australien und Neu-Seeland über **15 000 Mal** aufgeführt.

(Repertoirestück vom Royal-Adolphi-Theater in London).

Vorverkauf in Sagers Zigarrengeschäft.

Vorzugskarten wochentags gültig.